Wissenschaftliche Tagung in Tirana über Probleme der heutigen Weltentwicklung
Seite 11

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 43, 27. Oktober 1978 — 12. Jahrgang — 50 Pfennig

Große Tarifkommission der IGM fordert nur 5 Prozent

Ein Schlag ins Gesicht der Stahlwerker

Jetzt ist die Katze aus dem Sack. Nachdem Anfang letzter Woche die Stahlkapitalisten provokatorisch erklärten, sie wollten eine Erhöhung der Tariflöhne bzw. -gehälter von nur 2,5 Prozent zugestehen, zeigte die IGM-Führung jetzt offen, daß sie dem Kampf gegen den Reallohnabbau in den Rücken fällt. Am 19. Oktober stellte die große Tarifkommission der IG Metall die Forderung für die Stahltarifrunde auf: 5 Prozent mehr Lohn und Gehalt; für die Lehrlinge nur 30 bzw. 40 Mark mehr!

Das ist ein Schlag ins Gesicht der Stahlwerker. Nie wurde in den letzten Jahren bei einer Tarifrunde eine derartig niedrige Forderung aufgestellt. Und das, nachdem schon in der letzten Tarifrunde den Kollegen in der Stahlindustrie mit 4 Prozent einer der niedrigeren Abschlüsse der Tariflandschaft verpaßt worden war. Die IGM-Führung ist sich also mit den Konzernherren einig: die Lasten der Krise sollen völlig auf die Arbeiter und kleinen Angestellten abgewälzt werden.

Nie wurde auch in den vergangenen Jahren eine Forderung derart diktatorisch von der Gewerkschaftsführung festgesetzt. Die Sitzung der Tarifkommission wurde ganz überraschend einberufen, als auch die Vertrauensleute überhaupt nicht damit rechneten.

IGM-Bezirksleiter Kurt Herb hatte zudem Anweisung an die Betriebsratsvorsitzenden und Vertrauensleuteleitungen erlassen, keine Forderungen in den Vertrauensleutekörpern aufstellen zu lassen.

In verschiedenen Abteilungen bei Mannesmann und Klöckner hatten sich die Stahlarbeiter jedoch schon vor der Sitzung der Großen Tarifkommission auf Forderungen geeinigt: Sie liegen bei 150 bis 170 DM bzw. bei 12 Prozent. Auf dem Hoesch-Werk Phoenix forderten die Vertrauensleute, und zwar gegen den Willen der Vertrauensleutekörper-Leitung, die 7 Prozent für angemessen hielt, 10 Prozent. Aber die IGM-Führer richten sich einen Dreck nach dem Willen der Basis.

Monatelang hat die IGM-Führung die Verhandlungen über einen neuen Manteltarifvertrag verschleppt. Ihre Absicht war, die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung gegen die Lohn- und Gehaltsforderung auszuspielen. Die großen Sprüche von Loderer, es sei selbstverständlich, daß für die IGM Arbeitszeitverkürzung nur mit vollem Lohnausgleich zu akzeptieren sei, waren gelogen. Damit sollte die Wachsamkeit der Kollegen eingeschläfert werden.

Als vor einiger Zeit Bezirksleiter Kurt Herb die Karten auf den Tisch legte und verkündete, man wolle eine „Volumenforderung" von 7 Prozent aufstellen, war endgültig klar, daß die IGM-Führer Verrat an der Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich üben. Sie benutzen diese gerechte Forderung lediglich als Hebel, um einen nackten Lohnraub vorzubereiten. Die Reaktion in den Hüttenwerken war Empörung. In verschiedenen Resolutionen erklärten die Stahlarbeiter, sie seien dagegen, daß eine Arbeitszeitverkürzung auf die Lohnforderungen angerechnet wird." Furcht vor dieser Empörung der Basis ist der Grund dafür, daß am 19. Oktober von 102 Mitgliedern der Großen Tarifkommission 45 gegen das unverfrorene 5-Prozent-Diktat gestimmt haben.

Weg mit dem Lohnraubdiktat der IGM-Führung! Für eine echte Lohnerhöhung! Für eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich!

Carters Kriegspolitik

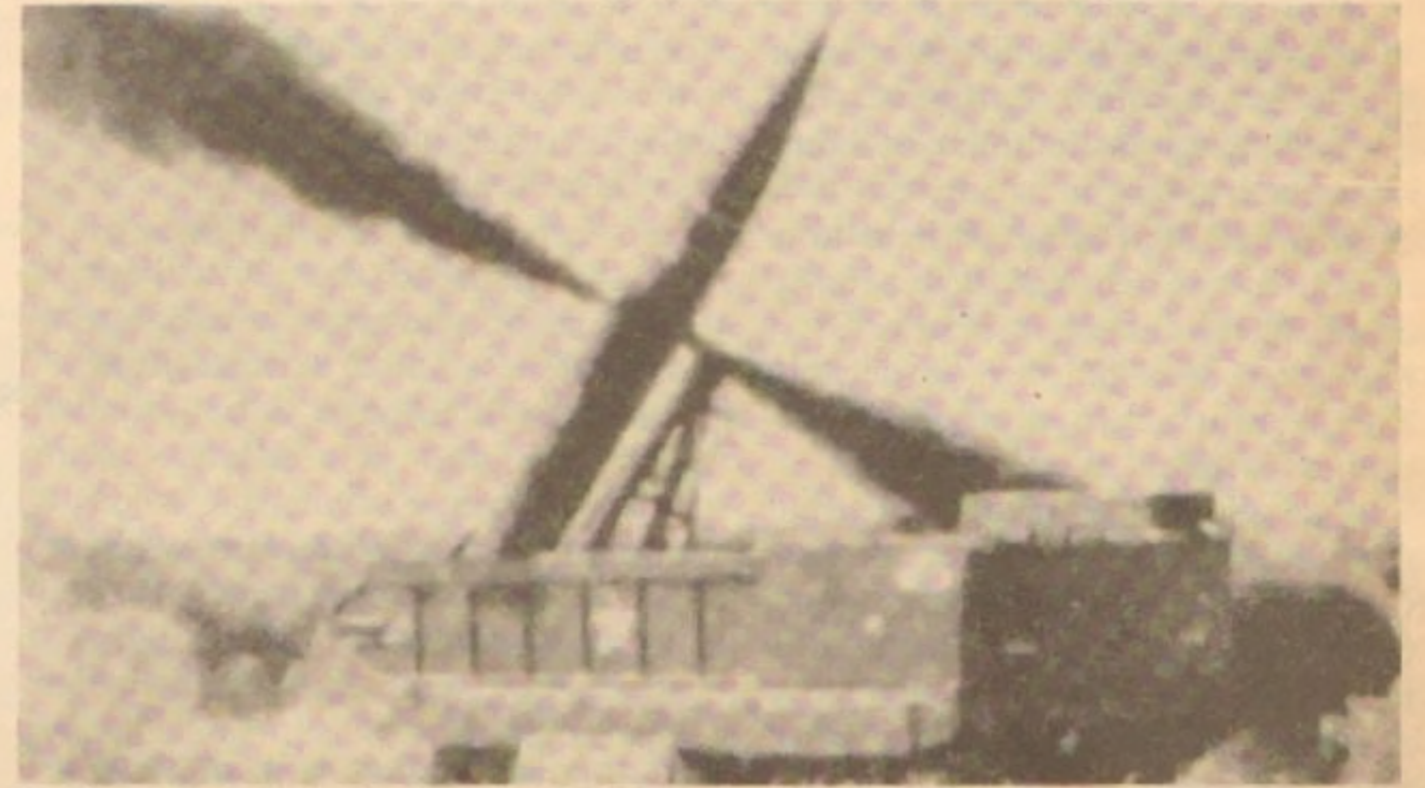
Einführung der Neutronenwaffe auf Raten

In der letzten Woche hat der US-Präsident Carter die Produktion eines neuen taktischen Raketensprengkopfes und einer Artilleriegranate angeordnet, die sich beide in Neutronenwaffen umwandeln lassen. Damit haben praktisch die US-Imperialisten den entscheidenden Schritt zur Einführung der berüchtigten Neutronenbombe getan — entgegen allen offiziellen Beteuerungen, die eigentliche Entscheidung sei noch nicht gefallen.

„Beim US-Präsidenten ist die Erkenntnis zu konstatieren, daß seine moralisch-religiös begründete Ablehnung des ‚Atoms' mehr und mehr von praktisch-politischen Erwägungen verdrängt wird", jubelt Springers „Welt". Genugtuung äußerten auch Bonner Politiker. Der „Verteidigungs"minister Apel sagte, daß Produktion und Einsatz dieser Waffe ausschließlich der Entscheidung des amerikanischen Präsidenten unterlägen, wenn aber die Produktion beschlossen werde, so habe die Bundesrepublik das Recht, mit der Sowjetunion über eine Verringerung der sowjetischen Panzer in Europa als Gegenleistung für einen Verzicht auf die Stationierung zu verhandeln.

Apels Reden sind reine Augenwischerei. Carter hat die Produktion der Neutronenbombe faktisch be-

Fortsetzung auf Seite 2



Die Kurzstreckenrakete „Lance", als Träger der Neutronenbombe vorgesehen, ist auch auf dem Boden der Bundesrepublik stationiert.

Westberlin

Massendemonstration gegen Berufsverbote

Rund 10.000 Menschen haben am vergangenen Donnerstagabend in Westberlin gegen die Berufsverbote demonstriert. Anlaß der Demonstration war wieder der Fall des Lehrers Hans Apel. Apel war wegen seiner Zugehörigkeit zur revisionistischen SEW aus dem Schuldienst entlassen worden. Schon in der vorhergehenden Woche hatten über 10.000 Menschen gegen das Berufsverbot demonstriert.

Der Kampf gegen die Berufsverbote hat nun in Westberlin zu einem ersten Erfolg geführt. Die Herren sahen sich zu einem Kompromiß gezwungen. Hans Apel soll nun eine Anstellung als Dozent in einem Erwachsenenkurs zur Nachholung des Hauptschulabschlusses in einer Westberliner Volkshochschule erhalten. Der Kampf um die Einstellung Apels ist damit aber noch nicht ausgestanden. Schon erhebt sich ein Geschrei, die Volkshochschulen würden zu einem „Einfallstor für kommunistische Lehrkräfte" gemacht.

Die Kämpfe und Demonstrationen in Westberlin zeigen: Die Empörung über die reaktionäre Praxis der Berufsverbote wächst. Immer mehr Menschen fordern: **Weg mit den Berufsverboten!** (Siehe auch Artikel auf Seite 7).

Wußten Sie schon ...?

... daß der Strom wieder teurer wird?

Im Bundeswirtschaftsministerium wird derzeit eine Verordnung über die Erhöhung des „Kohlepfennigs" vorbereitet, die den Strom vom kommenden Jahr an verteuern wird. Der „Kohlepfennig", der gegenwärtig in einem Zuschlag von durchschnittlich 4,5 Prozent zur Stromrechnung besteht, soll um 50 Pfennig angehoben werden. Ende des Monats wird ein sogenannter Verstromungsbeirat aus Vertretern von Bund, Ländern, Strom- und Kohlewirtschaft sowie Verbänden und Gewerkschaften zusammentreten und die Beratungen aufnehmen. Wenn es um einen Angriff auf unsere Taschen geht, sind die Herren natürlich um Gründe für Preiserhöhungen nie verlegen. Diesmal sind es neben der Verteuerung der deutschen Steinkohle auch „aufwertungsbedingte Preis**rückgänge** für schweres Heizöl".

Rhodesische Rassisten

Napalm-Überfall auf Sambia



Massaker der rhodesischen Rassisten im Flüchtlingslager Nhazonia (Mosambik)

Am vergangenen Donnerstag tauchten über dem Luftraum der sambischen Hauptstadt Lusaka fremde Militärflugzeuge auf. Es waren Bomber der rhodesischen Luftwaffe. Ihr Ziel: die Flüchtlingslager in der Region von Lusaka. Hier leben Zehntausende von Angehörigen des simbabwischen Volkes, die von den Rassisten aus ihrer Heimat vertrieben wurden und ins Nachbarland Sambia geflohen sind.

Aus den Bordkanonen der Bomber wird ein gnadenloses Feuer auf die Lager eröffnet. Napalmbomben verwandeln sie in eine Flammenhölle. Auf die Bomber folgen Kampfhubschrauber. Truppen des rassistischen Regimes werden abgesetzt und vollenden das Blutbad. Nach ersten Schätzungen sind mindestens 400 Menschen von den rhodesischen Mordbanden umgebracht worden. Und zur gleichen Zeit sind auch in Mosambik rassistische Truppen eingefallen, um unter den dort lebenden Flüchtlingen ein Blutbad anzurichten.

Wieder einmal hat das rassistische Regime Terror und hundertfachen Mord über die Menschen im südlichen Afrika gebracht. Und der Chef dieses Regimes, der faschistische Henker Ian Smith, sitzt zu eben dieser Zeit zu vertraulichen Gesprächen mit der Carter-Regierung in Washington zusammen. Genauso wie man auch die Spitzen des israelischen Staates stets zu Verhandlungen im Weißen Haus findet, wenn die israelische Kriegsmaschine sich anschickt, einen neuen Terrorschlag gegen den Libanon zu führen. Und das ist beileibe kein Zufall. Denn hier in Washington sitzen die Hintermänner der rassistischen Massenmörder. Und sie werden für ihre Verbrechen einmal genauso zahlen müssen wie ihre rhodesischen oder israelischen Komplizen.

Der neue Papst

Wie es im einzelnen zugegangen ist bei der Wahl des neuen Papstes, wird wohl ein Geheimnis des Vatikans bleiben. Kenner der Pfaffenszene munkeln davon, daß sich die aussichtsreichsten Kandidaten, die Kardinäle Siri und Bellini in einem erbitterten Konkurrenzkampf gegenseitig blockiert hätten. Aber wie dem auch sei. Tatsache ist: Der neue Papst kommt aus Polen. Und das hat aus der Wahl eine politische Sensation gemacht. In Washington erklärten Diplomaten der Carter-Regierung das Ereignis unverhohlen zu einem „Signal an den Kommunismus". In der Bundesrepublik gab das „Handelsblatt" den folgenden Hoffnungen der westlichen Imperialisten Ausdruck: „Diese Wahl hat ein Zeichen gesetzt und könnte dazu führen, daß die katholische Kirche in den kommunistischen Ländern neuen und gewaltigen Auftrieb erhalten wird und eine religiöse Erneuerung einleitet."

Die Grundlage solcher Hoffnung ist die Tatsache, daß der Klerus in den revisionistischen Ländern — vor allem in Polen — mit der reaktionären Bewegung der pro-westlichen Dissidenten verbunden ist. Nicht umsonst wird die harte Haltung des Kardinals Woytyla gegenüber dem Gierek-Regime hierzulande rühmend hervorgehoben. Man hofft also in Washington oder Bonn, mit dem neuen Papst als Gallionsfigur religiöse und pro-westliche Stimmungen in den revisionistischen Ländern weiter beleben zu können.

Und die Gegenseite? Nach einigem Zögern hat man in Moskau, Warschau und Ostberlin erst einmal auf weiche Welle geschaltet. Denn vor allem in Polen brauchen die Herren den reaktionären katholischen Klerus — trotz seiner Sympathien mit den Dissidenten — für die gemeinsame Abwehr der revolutionären Kämpfe der Werktätigen. Und so hat sich denn am Sonntag der polnische Staatspräsident Jablonski aufgemacht, um höchstpersönlich nach Rom zu pilgern und dem neuen Papst bei dessen Amtseinführung seine Aufwartung zu machen.

Gesundheitspolitik — gesundheitsschädlich!

Die Bundesregierung hat in der letzten Woche dem Parlament den Entwurf eines neuen Krankenhausfinanzierungsgesetzes vorgelegt. Dabei forderte der Bonner Arbeitsminister Ehrenberg den Abbau von 50.000 bis 60.000 Krankenhausbetten. Diese Betten, so der Minister, würden nur Kosten verursachen, ohne daß sie gebraucht würden.

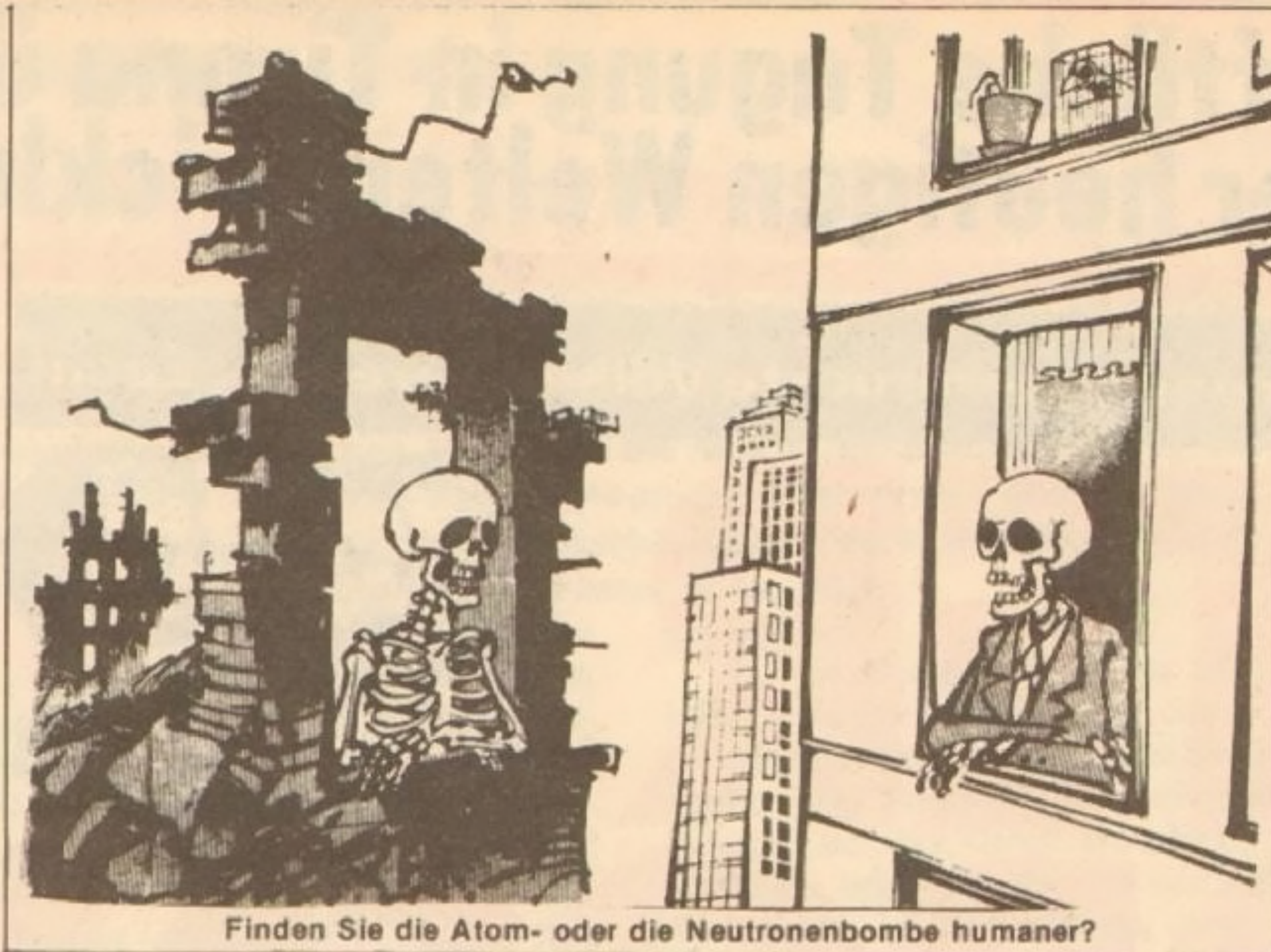
Das muß man zweimal lesen. Die werktätige Bevölkerung unseres Landes braucht doch nicht weniger, sondern mehr Betten! Die durchschnittlichen Verweilzeiten in den Krankenhäusern sind doch ohnehin schon knapp genug bemessen; die Wartezeiten in bestimmten Krankheitssparten werden immer länger. Betrachten wir nur einmal den Notstand auf dem Gebiet der Herzchirurgie. Von den 25.000 jährlich notwendigen Operationen können nur 5.000 durchgeführt werden. Wegen der langen Wartezeiten stirbt ein Teil der Patienten — ein fester Prozentsatz, der bereits in die Planung der Krankenhäuser einkalkuliert ist.

Der „Abbau des Bettenberges" dürfe nicht „die menschliche Zuwendung zum Patienten beeinträchtigen", forderte Ehrenberg. Man wundert sich nur, daß dem Minister seine scheinheiligen Reden nicht im Halse stecken bleiben. Wieviel menschliches Elend — zusätzlich zu der ohnehin schon katastrophalen Lage des Gesundheitswesens — werden diese Sparmaßnahmen verursachen! Die Gesundheitspolitik der Bonner Regierung ist nichts als ein Angriff auf das Leben und die Gesundheit der werktätigen Menschen! Das ist die Realität in einem Staat, in dem nicht das Leben des Arbeiters zählt, sondern nur der Profit, den er den Kapitalisten schafft.

Scheel unterwegs

Bis in die ferne Südsee reiste Bundespräsident Scheel in der vergangenen Woche. Für die Pressefotografen in seinem Troß posierte er mit viel Blumenkränzen um Kopf und Hals. Bei den Gesprächen, die er gemeinsam mit Wirtschaftsminister Lambsdorff in Neuseeland und Australien führte, ging es dagegen weniger blumig zu. Hier brachten die Herren aus Bonn knallhart die Interessen der westdeutschen Imperialisten zum Ausdruck, die auch in dieser entfernten Ecke der Welt ihre Profite machen wollen. In Neuseeland stellte Scheel massive Forderungen nach höheren Einfuhren von Industriewaren aus der Bundesrepublik. Vor allem die Autokonzerne wollen in diesem Inselstaat ihren Marktanteil vergrößern.

In Australien war es noch vor der Ankunft der Bonner Herren zu einem diplomatischen Zwischenfall gekommen. Eine Fernsehanstalt hatte es gewagt, in einer Informationssendung aus der Bundesrepublik auch über die Berufsverbote zu informieren. Grund genug für den Bonner Botschafter Blomeyer, beim australischen Ministerpräsidenten Fraser persönlich gegen die Sendung zu protestieren. So will Bonn dreist auf die öffentliche Meinung Australiens Einfluß nehmen. Kritische Äußerungen passen ihnen gerade jetzt nicht in den Kram. Denn Scheel will in Australien ein Abkommen über Uranlieferungen abschließen, um die Durchführung des reaktionären Bonner Atomprogramms zu sichern. Und gegen ein solches Abkommen gibt es eine breite Bewegung unter den australischen Werktätigen.


Finden Sie die Atom- oder die Neutronenbombe humaner?

Einführung der Neutronenwaffe auf Raten

Fortsetzung von Seite 1

schlossen, und damit hat die Bombe in den Bonner Plänen schon ihren festen Platz als Massenvernichtungswaffe. Außerdem muß man wissen, daß die von Carter in Auftrag gegebenen Sprengköpfe ohnehin für die in Europa stationierten Boden-Boden-Raketen vom Typ „Lance" bestimmt sind.

Die Neutronenbombe ist eine der teuflischsten Erfindungen der amerikanischen Imperialisten. Dieses „Ergebnis der Arbeiten zur Entwicklung einer sauberen Kernwaffe" („Welt") setzt bei der Explosion enorme Schauer tödlicher Neutronen frei, während die Druck- und Hitzeentwicklung gering bleibt. So bleiben Gebäude, Fabrikanlagen usw. weitgehend unbeschädigt, während die Menschen in Massen vernichtet werden. Daß der Zweck der Neutronenwaffe der Massenmord ist, ergibt sich auch daraus, daß sie — eine Wasserstoffbombe im kleinen — mit Haubitzen und Kurzstreckenraketen in großer Zahl verschossen werden kann. — Die Nachricht von der Aufnahme der Produktion der Neutronenbombe auf Raten hat die Empörung der Völker der Welt hervorgerufen.

Die Entscheidung Carters wird von amerikanischen Regierungskreisen als Signal gegenüber den Sowjets ausgegeben. Das ist das übliche Propagandageschrei. In dem bedrohlichen Wettrüsten der Supermächte dient die Aufrüstung der jeweils anderen Seite zur Rechtfertigung der eigenen Kriegspolitik. Und der „praktisch-politische" Carter hat schon weitere Waffen in der Hinterhand: Er plant den Bau riesiger Raketensilos in den amerikanischen Küstengewässern und die Produktion einer neuen chemischen Massenvernichtungswaffe auf der Basis von Nervengas.

Bonner Zustimmung für Spionagesystem „Awacs"

Während Carter seinen Beschluß zur ratenweisen Einführung der Neutronenwaffen bekanntgab, tagte in Brüssel die nukleare Planungsgruppe der NATO. Hier ging es um den Ausbau der militärischen Programme, um die weitere nukleare Aufrüstung Westeuropas. Mehr am Rande der Tagung wurde bekannt, daß die Bundesregierung jetzt prinzipiell bereit ist, dem fliegenden US-Frühwarnsystem „Awacs" zuzustimmen.

„Awacs" (Airborn Warning and Control System) ist eine hochempfindliche Radaranlage, die auf das Flugzeug Boeing 707 montiert wird. Sie soll eine Aufklärung bis zu 500 Kilometer in das Gebiet des Warschauer Paktes ermöglichen. Die 17 geplanten „Awacs"-Systeme werden nach dem augenblicklichen Stand rund vier Milliarden Mark kosten, wovon die Bundesrepublik 1,5 Millionen Mark bezahlen soll.

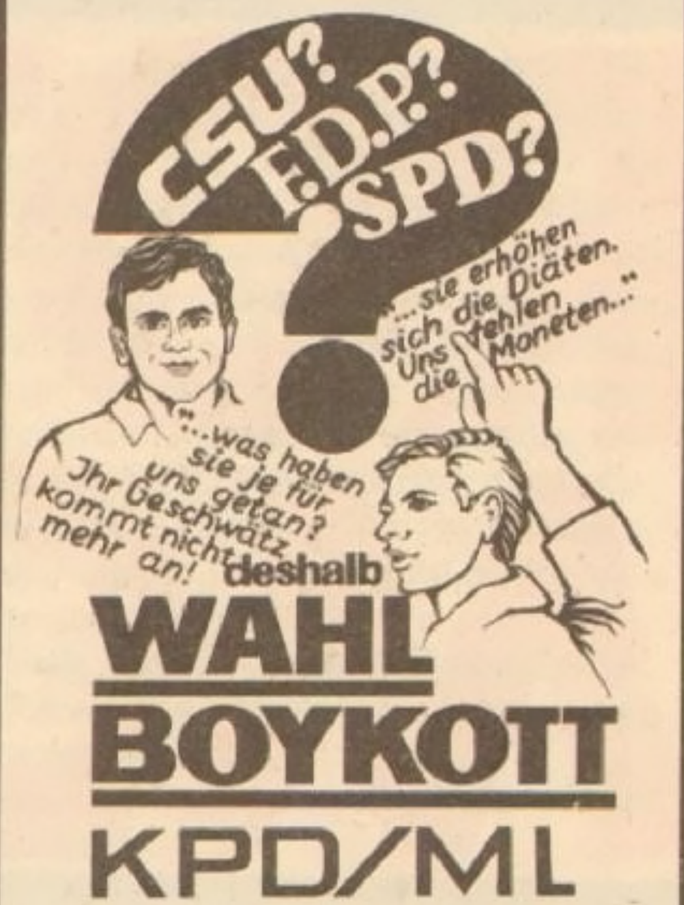
Dieses neue NATO-Projekt unter maßgeblicher Beteiligung Bonns sucht man mit einigem Propagandaaufwand der westdeutschen Bevölkerung schmackhaft zu machen. Aus dem Bonner Kriegsministerium verlautete, daß durch „Awacs" insgesamt 1.000 zusätzliche Arbeitsplätze errichtet und langfristig gesichert werden könnten. — Es soll der Eindruck erweckt werden, als käme dieses neue System hauptsächlich der werktätigen Bevölkerung zugute.

In Wirklichkeit aber integriert „Awacs" die Bundesrepublik noch tiefer in das von den US-Imperialisten geführte aggressive Militärbündnis der NATO. Es stellt nur eine neue Stufe im Wettrüsten der beiden Supermächte dar, vergrößert damit die Gefahr eines Krieges. Die Nutznießer von „Awacs" stehen jetzt schon fest. Es sind die Rüstungskapitalisten, die amerikanischen und die westdeutschen. Der amerikanische „Verteidigungs"minister hat seinem westdeutschen Kollegen Apel bereits die Zusicherung für die Beteiligung von Firmen wie Dornier, AEG und Siemens gegeben.

Kurz berichtet

Bayern

Während des Wahlkampfes in Bayern griffen auch die Genossen der KPD/ML ein und riefen zum Wahlboykott auf. Sie klebten dabei dieses wirkungsvolle Plakat.



Dortmund

Im Südosten Dortmunds erschien nun die erste Nummer der Stadtteilzeitung „Schüren aktuell" der KPD/ML. Der Leitartikel geht auf den Abriß ganzer Stadtviertel ein und weist nach, daß diese Sanierung auf Kosten der Schürener einzig und allein den kapitalistischen Konzernen, dem Hoesch-Konzern und den Wohnungsbaugesellschaften dient. Die Zeitung bringt weiter „Notizen" aus Schüren und


Schüren aktuell

Stadtteilzeitung der KPD/ML für Schüren

Abriß von Alt-Schüren-West / Schmu an der Marsbruchstr.

Sanierung auf Kosten der Schürener

den Betrieben sowie eine „Schürener Chronik", in der an den antifaschistischen Widerstand in Schüren unter dem Hitler-Regime erinnert wird. In der Rubrik „Dein Recht als Mieter" wird der Leser über die Heizkostenabrechnung informiert. Außerdem prangert die Zeitung die Auswirkungen des Dortmunder „Schulentwicklungsplans", der in Wirklichkeit ein Schulvernichtungsplan ist, auf den Dortmunder Süden an. „Schüren aktuell" ist ansprechend aufgemacht und reichlich mit Fotos, Skizzen und Karikaturen versehen.

Berichtigung

Wie aufmerksame Leser des „Roten Morgen" sicher schon festgestellt haben, war die letzte Ausgabe nicht die Nummer 43, wie auf der Kopfleiste stand, sondern die Nummer 42.

Aus dem Inhalt

Die große Lohnillusion 4
Nebensächliches aus der IGBE . 4
Jetzt den Kampf in Betrieb und Gewerkschaft vorantreiben! 5
Gewerkschaftsboß gegen übertarifliche Zulagen 5
Bayern: Landtagswahlen? Danke, nein! 6
AKW Neckarwestheim: Polizeimanöver gegen die Bevölkerung 6
Polizeiterror in Dortmund 7
Berufsverbote: „... schärfer als bisher beobachten" 7
Lehrlinge vom Verfassungsschutz bespitzelt 7
Volkskorrespondenzen: Interview mit einem Schüler des Berufsgrundschuljahres 8
Ein revolutionärer Seemann berichtet 9
Volkswagen/USA: Nach dem Streik neuer Tarifvertrag 10
Genscher und Co. bei den südafrikanischen Rassisten 10

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag ROTER MORGEN GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Postscheckkonto Nr. 79600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr.: 321 000 290 (Verlag Roter Morgen). Telefon: 0231/433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund, Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr wird mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Offen gesagt ...

Unterdrückung, Barbarei und Deutsche Bundesrepublik

„Die Unterdrücker der Menschheit bestrafen, ist Gnade; ihnen verzeihen, ist Barbarei" — schrieb der deutsche Freiheitsdichter Georg Büchner vor 140 Jahren. Was aber ist es, wenn den blutigsten Unterdrückern der Menschheit, den Völkerschlächtern und Massenmördern, nicht nur verziehen wird, wenn sie darüber hinaus noch gehätschelt und belohnt werden? — Büchner hat uns für diese Handlungsweise keinen Begriff überliefert; ihn zu finden fällt jedoch angesichts der hierzulande geübten „Vergangenheitsbewältigung" nicht schwer. Die Handlungsweise ließe sich mit einem Staatsnamen bezeichnen: Deutsche Bundesrepublik.

Da ist zum Beispiel der NS-Mörder Pieter Menten. 1941 hatte er sich an der Erschießung von mindestens 120, wahrscheinlich 800 polnischen Juden beteiligt. Im Zusammenhang mit den Mordaktionen brachte er sich in den Besitz immenser Kunstschätze, mit denen er sich nach dem Krieg eine multimillionenschwere Kunsthändlerexistenz aufbaute. Menten war gerissen; er verstand es, sich als ein Verfolgter des Hitler-Regimes hinzustellen und kassierte 1964 von der Bundesregierung 550.000 Mark als Wiedergutmachung. — Im Jahre 1976 wurde Menten endgültig enttarnt. Ein holländisches Gericht verurteilte ihn zu 15 Jahren Gefängnis. Die bundesdeutsche Justiz jedoch zeigte sich großzügiger. In der letzten Woche wurde entschieden, dem Massenmörder Menten die 550.000 Mark zu belassen!

Deutsche Bundesrepublik! Was kann man erwarten von einem Staat, der auch höchste Regierungsämter mit NS-Mördern besetzt hat, dessen Apparat aufgebaut worden ist und durchdrungen ist von Hitlers ehemaligen Parteigängern, der sich auch noch selbst „Rechtsnachfolger" des Dritten Reiches nennt? Dieses Staatswesen zieht gerade aus diesen Gründen die Empörung der fortschrittlichen Weltöffentlichkeit auf sich; es erwirbt die Verachtung eines immer größeren Teils seiner Bürger. Spätere, vom Alpdruck der Ausbeuterordnungen befreite Generationen werden diesen Staat als ein finsteres Kapitel der überwundenen Vergangenheit vermerken; er wird in ihren Geschichtsbüchern stehen als ein Beispiel der Perversion menschlichen Denkens und Handelns — neben den Folter- und Mordkammern des Hitler-Reichs selbst, neben den Raubkriegen, dem Menschenhandel, den Hexenverbrennungen und dem Kannibalismus.

Ungarn produziert Levis Jeans

Wer hat den Gewinn?

Ab August dieses Jahres produziert Ungarn die „heißen" Levis Jeans aus den USA, die ein Symbol der sogenannten freien Welt sind, selber. Dies ist — nach dem Import von Coca-Cola, Hilton-Hotel und Billy Graham, der im letzten Jahr in Ungarn seine Predigten hielt — ein weiterer Schritt zur sogenannten Liberalisierung des ungarischen Lebens. Dank der Sorge des Kadar-Regimes darf jeder Ungar jetzt Levis Jeans / Made in Hungary" tragen — vorausgesetzt, er kann bezahlen!

Wie am 6.8.78 in der ungarischen Parteizeitung „Népszabadság" zu lesen war, hatten sich im September 1977 in San Francisco die amerikanische Firma „Levi Strauss" und die ungarische Textilfabrik „1. Mai" (!) darauf geeinigt, daß Ungarn auf Lizenz Levis Jeans produzieren kann. Am 7.8.1978 wurde dann in der Stadt Marcali das neue ungarische Werk eingeweiht und die Produktion aufgenommen. „Népszabadság" berichtete überschwenglich. Doch es war nicht nur die für ungarische Verhältnisse sehr schnelle Fertigstellung des Werkes, das die Zeitung so begeisterte, sondern noch vieles andere mehr, zum Beispiel:

„Die magischen 13 Minuten und 48 Sekunden"

Unter diesem Zwischentitel schrieb die Zeitung: „Das erste, was ins Auge sticht, ist die große Ruhe, Stille und Ordnung, die Sauberkeit wie in einer Apotheke. Sämtliche Arbeiter der Fabrik arbeiten nach der speziell für sie entwickelten 3-M-Methode. Dies bedeutet: Sämtliche Arbeitsbewegungen aller Arbeiter und Arbeiterinnen sind wissenschaftlich ausgearbeitet und einstudiert worden, so daß die Arbeit sowohl für die Fabrik als auch für die Arbeiter schneller, wirtschaftlicher und gleichzeitig jedoch leichter ist. (...) In anderen Fabriken in Ungarn dauert zur Zeit die Fertigstellung einer der Jeans ähnlichen Hose 50 bis 70 Minuten. (...) In dem Vertrag für Zusammenarbeit zwischen der ausländischen und der ungarischen Firma ist festgelegt, daß — nach einer gewissen Anlaufzeit — eine Hose in 13 Minuten und 48 Sekunden fertiggestellt werden muß. (...) Es dauert nicht mehr lange, und die Produktivität in Marcali wird die höchste der Welt sein." — Und so weiter und so fort. Die Bewunderung der amerikanischen Antreiber- und Ausbeutungsmethoden seitens der „Népszabadság" nimmt kein Ende.

Die 3-M-Methode

Jeden Tag sind die Zeitungen voll davon: für jede Fabrik wird diese Methode empfohlen — als eine Zauberformel für künftige große Ergebnisse in der Produktion. Es ist bekannt, daß die 3-M-Methode vom amerikanischen Kapital entwickelt worden ist, um den Werktätigen ein wahnsinniges Arbeitstempo aufzuzwingen. Die Arbeiterinnen und Arbeiter im Westen können ein Lied davon singen. Seit Jahren kämpfen sie mit Streiks gegen diese Methode, und die Herren in Ungarn, die sich als Arbeiterregierung bezeichnen, wissen dies genau. Sie sind aber selber Kapitalisten, und deshalb führen sie diese Methode in Ungarn ein. Dabei stellen sie diese Methode als wissenschaftlich hin, als eine Methode, die auch dem Arbeiter etwas Gutes bringen würde. Und nicht anders als im Westen ködern sie die Arbeiter mit Geld. Textilarbeiterinnen, schreibt die „Népszabadság", würden „das meiste Geld in Ungarn" verdienen. Was nützt das jedoch einer Arbeiterin, wenn sie nach ein paar Jahren von Kopf-, Hals- und Rückenschmerzen geplagt wird? — Mit welcher Rücksichtslosigkeit — auch gegen den Widerstand der Arbeiterinnen — diese neue Methode eingeführt wird, wird in einem anderen Artikel der „Népszabadság" deutlich (es geht dabei um die Einführung der 3-M-Methode im Werk Csepel): „Als die Arbeiter die Maschine kennengelernt hatten, kamen Einwände, gerechtfertigte und nicht gerechtfertigte. Die letzteren wurden zurückgewiesen. Die Frauen haben zum Beispiel behauptet, daß man mit Händen und Füßen gleichzeitig nicht arbeiten kann. Die Arbeitsorganisatoren aber setzten sich neben sie hin und bewiesen, daß es doch geht." Die Brutalität, mit der die neue Bourgeoisie die Schinderei der ungarischen Arbeiter und Arbeiterinnen vorantreibt, kennt keine Grenzen, wie auch ihre Profitgier keine Grenzen kennt.

Kann jeder Jeans kaufen?

Die „Népszabadság" schreibt: „Zwar haben viele geglaubt, daß die Jeans aus Ungarn billiger werden, aber für so eine Preisreduzierung ... besteht kein Anlaß. *Dies ist die gleiche Hose.*" Wie bis jetzt die importierten Jeans aus den USA, kosten auch die in Ungarn gefertigten Hosen 980 Forint. Wie aus dem Artikel noch zu erfahren war, verdienten die Näherinnen während der Einarbeitungszeit 1.800 Forint im Monat, während der Durchschnittverdienst in Ungarn 2.500 bis 2.600 Forint beträgt. Ein Drittel bis die Hälfte seines Monatslohns muß ein Werktätiger also für eine der Jeans hinblättern. Viele der Textilarbeiterinnen „dürfen" wohl die Jeans in Akkordschinderei nähen, aber sie zu kaufen und zu tragen bleibt für die meisten doch nur ein Traum.

Trotz allem besteht für die Herren in Ungarn kein Anlaß, die Jeans billiger zu verkaufen. Es stört sie nicht, daß „viele geglaubt hatten", jetzt die Jeanshosen billiger erwerben zu können. Denn daß die Werktätigen etwas nicht kaufen können, weil es zu teuer für sie ist, das ist für die Herren in Budapest kein Anlaß zur Preisreduzierung. Nur — die Herren mögen dann endlich aufhören zu behaupten, daß ihnen das Wohlergehen der Arbeiterklasse am Herzen liegen würde!

Warum die ungarischen Jeans so teuer bleiben müssen, ist nicht schwer zu erraten: Für jede in Ungarn verkaufte Jeanshose werden 65 Cent nach San Francisco gezahlt. Für nichts und wieder nichts erhalten die Herren in den USA so neue Millionen — ausgepreßt aus den ungarischen Arbeiterinnen. Millionen fließen natürlich auch in die Taschen der neuen Kapitalisten in Ungarn. Deren „Argument" für die unverschämten Preise — die in Ungarn fertiggestellten Jeans hätten die gleiche Qualität wie die aus den USA — ist nichts als Hohn. Die Herstellungskosten in Ungarn sind viel niedriger, nicht zuletzt wegen dem ungleich niedrigeren Lohn der ungarischen Textilarbeiterinnen gegenüber dem der amerikanischen.

Folgt man der Logik der „Népszabadság", dann müßten die ungarischen Textilarbeiterinnen den gleichen Lohn wie ihre amerikanischen Kolleginnen erhalten. Sie nähen ja die gleichen Hosen in der gleichen „magischen" Zeit von 13 Minuten und 48 Sekunden! — Doch eine solche Forderung wollen die Herren in Budapest natürlich nicht hören!

Die Produktion der Levis Jeans ist für die ungarische Bourgeoisie ein großes Geschäft. Das Volk dagegen wird dadurch keineswegs besser mit Kleidung versogt. Und die weitere Verbreitung der 3-M-Methode verstärkt erheblich die Ausbeutung der Arbeiterklasse und erschwert noch mehr ihr ohnehin schon schweres Los.



Fabrikchef Ferenc Bojtor mit der ungarischen Levis-Hose

Neues „Verteidigungsgesetz" in der DDR

Vorbereitung auf den „Notstand"

Am 13.10.1978 stimmten die Abgeordneten der Volkskammer der DDR — des „obersten staatlichen Machtorgans" — per Handzeichen einem neuen „Gesetz über die Landesverteidigung der DDR" zu. Diesem „Verteidigungsgesetz", das am 1.11. in Kraft tritt, ist ein Ausdruck der Kriegspolitik, die die Ostberliner Revisionisten unter dem Kommando ihrer Moskauer Herren betreiben; es stellt die Grundlage dar für eine noch stärkere militärische Durchdringung des gesamten Lebens in der DDR, für eine weitere politische Entrechtung ihrer werktätigen Bevölkerung.

Das „Verteidigungsgesetz" ist die Zusammenfassung und Weiterentwicklung — das heißt die Verschärfung — mehrerer die Militärpolitik betreffender Gesetze. Es zieht die Konsequenzen — so der DDR-Kriegsminister General Hoffmann vor der Volkskammer — aus der Verfassung von 1974 und „berücksichtigt die militärpolitischen und militärwissenschaftlichen Erkenntnisse und Erfordernisse der Gegenwart und absehbaren Zukunft". Entsprechend der Verfassung von 1974, die von der DDR als einem „Staat sozialistischer Nation" ausgeht, sind in dem neuen Gesetz alle Hinweise auf die Einheit der deutschen Nation gestrichen. Stattdessen wird schon im ersten Satz der Präambel das „enge Bündnis mit der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken" hervorgehoben und im Paragraph 1 die „Waffenbrüderschaft der Nationalen Volksarmee mit den Armeen der Sowjetunion und anderen sozialistischen Staaten" beschworen. Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß der „Verteidigungszustand" (§4, Abs. 2) nicht nur „im Falle der Gefahr eines unmittelbar bevorstehenden Angriffs gegen die DDR oder im Falle eines bewaffneten Überfalls auf die DDR" gegeben ist, sondern auch „in Erfüllung internationaler Bündnisverpflichtungen". Damit wird wohl ähnlichen *Fällen* wie dem Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen in die Tschechoslowakei 1968 — eben neuen „militärpolitischen und militärwissenschaftlichen Erkenntnissen und Erfordernissen" — Rechnung getragen.

Mit wichtigeren Befugnissen als bisher wird durch das neue Gesetz der Nationale Verteidigungsrat ausgestattet. Der Nationale Verteidigungsrat, dessen Vorsitzender Honecker persönlich ist, erscheint nun geradezu als ein Hebel, um die Verfassung und die verfassungsmäßigen Rechte der DDR-Bürger außer Kraft zu setzen. Er ist — heißt es im Paragraphen 4 — „berechtigt und verpflichtet, alle notwendigen Maßnahmen für die Landesverteidigung und den Schutz der sozialistischen Ordnung zu treffen, **einschließlich solcher, die abweichend von Gesetzen oder anderen Rechtsvorschriften erforderlich sind.**".

Aus Paragraph 4 des Gesetzes ergibt sich auch, daß der Nationale Verteidigungsrat auch als ein zentrales Organ bei der Unterdrückung von Volksaufständen vorgesehen ist. Er kann die allgemeine oder teilweise Mobilmachung aufgrund „einer bedrohlichen Lage im Interesse der Landesverteidigung" anordnen, auch ohne daß der „Verteidigungsstand" wegen eines bevorstehenden Angriffs, eines Überfalls oder „internationaler Bündnisverpflichtungen" gegeben ist (siehe oben). Hoffmann bestätigt in seiner Rede diesen Aspekt, indem er von der „Vorbereitung auf eventuelle Kampfhandlungen" spricht, **„die nicht allein von den Streitkräften getragen werden können"**. (Hervorhebungen von uns).

Auf die Unterdrückung von Volksaufständen zielt unter anderem auch der Paragraph 12 des Gesetzes, der für bestimmte Gebiete — Aufstandsgebiete? — „besondere Ordnungen" festlegt, die „den Zutritt, den Aufenthalt, das Ein- oder Überfliegen" einschränken oder verbieten.

Bereits im Juni hatte Partei- und Staatschef Honecker festgestellt, daß es in der DDR keinen Bereich des gesellschaftlichen Lebens gibt, der nicht von den Belangen der Landesverteidigung durchdrungen wäre. Diese *Durchdringung* verstärkt das neue Gesetz noch mehr. „Die staatlichen und wirtschaftsleitenden Organe, Kombinate, Betriebe, Einrichtungen, Genossenschaften und gesellschaftlichen Organisationen haben die Bereitschaft und Fähigkeit aller Bürger zum militärischen Schutz des Sozialismus zu fördern und die erforderlichen Maßnahmen dazu zu treffen", heißt es in Paragraph 3. Wie diese *Förderung* konkret aussieht, haben die Ostberliner Revisionisten erst kürzlich mit der Einführung des sogenannten Wehrkundeunterrichts am 1.9. dieses Jahres bewiesen. Doch auf allzu große Gegenliebe bei der werktätigen Bevölkerung scheinen diese Bemühungen nicht zu stoßen — Minister Hoffmann sah sich genötigt, den Wehrkundeunterricht in seiner Rede nochmals ausführlich zu rechtfertigen.

Bei dem neuen „Verteidigungsgesetz" geht es eben nicht — wie die Verantwortlichen glauben machen möchten — um die Verteidigung des Sozialismus (den es in der DDR nicht mehr gibt), sondern um eine Kriegs- und Unterdrückungspolitik zu Lasten der werktätigen Bevölkerung. Diesen Charakter illustrieren sehr gut die beiden folgenden Abschnitte aus dem Paragraphen 11: „(1) Im Verteidigungszustand werden die Ausgestaltung der Arbeitsrechtsverhältnisse und die Arbeits- und Lohnbedingungen entsprechend den Erfordernissen der Landesverteidigung geregelt. (2) Jeder arbeitsfähige Bürger kann im Verteidigungszustand zu persönlichen Arbeitsleistungen verpflichtet werden. Das gilt auch für Arbeitsleistungen außerhalb des Wohnsitzes."

Die neue Bourgeoisie der DDR hat ihr Notstandsgesetz mit der Aggressivität der westlichen Imperialisten und ihres NATO-Paktes gerechtfertigt. Das ist die übliche, im Westen nur mit umgekehrtem Vorzeichen betriebene Argumentation von kapitalistischen Kriegstreibern, die ihre aggressive, volksfeindliche Politik stets mit der Aggressivität und Volksfeindlichkeit ihrer Konkurrenten zu rechtfertigen suchen. Die Völker jedoch teilen diese Logik nicht. Die Verabschiedung des neuen „Verteidigungsgesetzes" wird nur ein weiterer Schritt sein, um der werktätigen Bevölkerung der DDR die Augen über „ihre" Regierung zu öffnen.

Sowjetische Luftbrücke

Wie wenig die russischen Besatzertruppen das Leben und die Sicherheit der Zivilbevölkerung kümmert, zeigt folgender Zwischenfall: Am 5. Oktober kam es in der Luftkontrollzone Berlin beinahe zu einem Zusammenstoß zwischen einem sowjetischen Militärflugzeug des Typs MIG und einer britischen Passagiermaschine. Der Düsenjäger näherte sich der Passagiermaschine gefährlich, als sie sich im Landeanflug auf den Flughafen Tegel befand. Dies war jedoch nicht der erste von sowjetischen Militärmaschinen verursachte Beinahezusammenstoß über dem Gebiet der Millionenstadt gewesen.

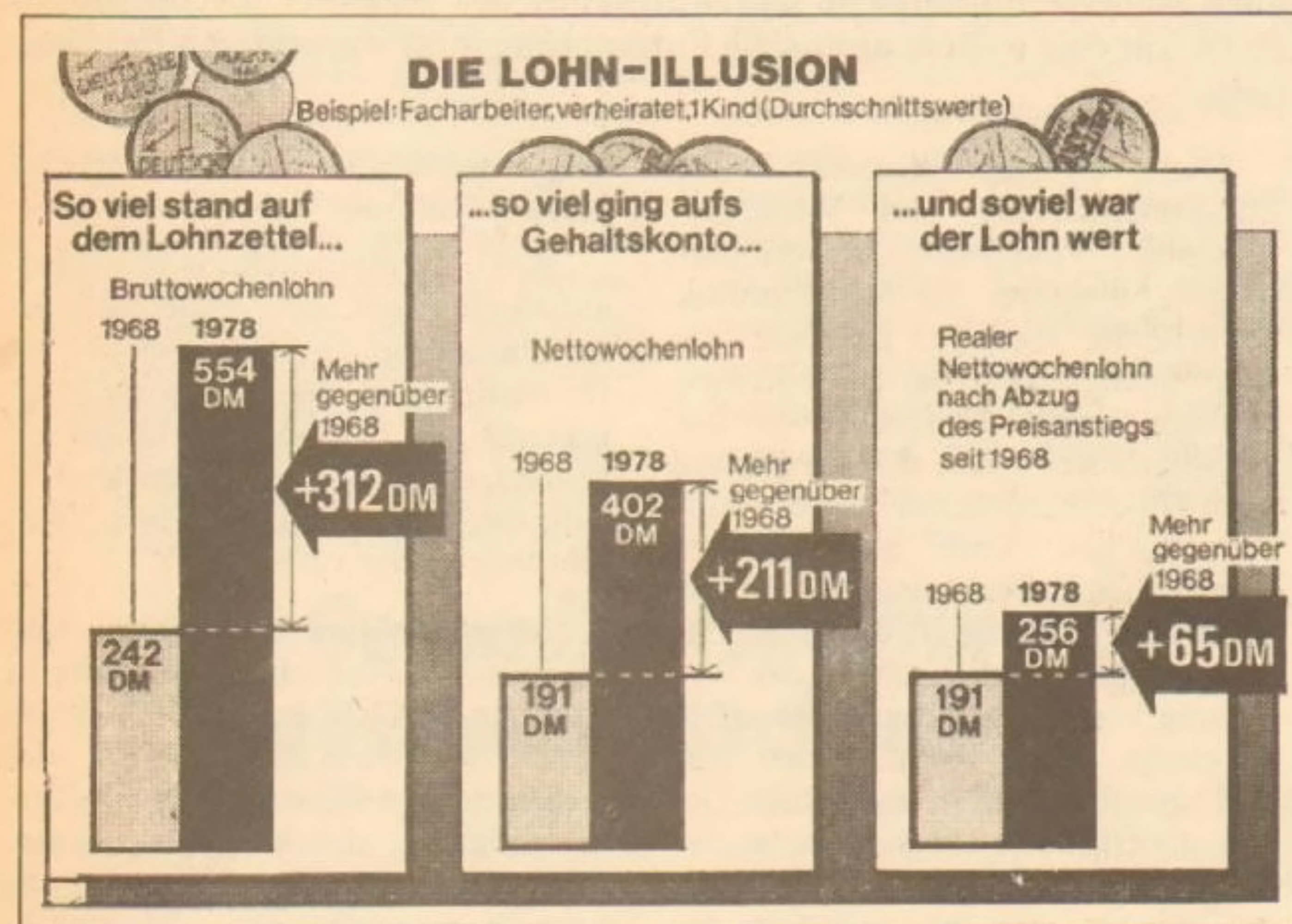
Luftzwischenfall über Berlin

Die Einrichtung von Luftbrücken zum Transport von Truppen ist nicht nur eine Spezialität der US-Imperialisten. Am 15. Oktober begannen auch die russischen Sozialimperialisten wieder mit einem solchen Luftfahrtunternehmen. 20 sowjetische Maschinen fliegen dabei in insgesamt 1.800 bis 2.200 Flügen sieben sowjetische Militärflughäfen in der DDR an. Die Maschinen überqueren zum Teil auch die dichtbesiedelten Stadtgebiete Berlins in einer Höhe von nur 3.650 Meter. Das Manöver wird 25 Tage dauern. Als Vorwand dient der Austausch der in der DDR stationierten Sowjettruppen.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Die große Lohnillusion

Die folgende Graphik entnahmen wir der „Süddeutschen Zeitung". Sie ist allerdings mit Vorsicht zu genießen. Denn erstens wird das wahre Ausmaß der Verteuerung der Lebenshaltung von der bürgerlichen Statistik verschleiert. Die bürgerlichen Statisti-



ker gehen von einem sogenannten Warenkorb aus, der unter anderem ausgesprochene Luxusartikel enthält, wie sie in Arbeiterhaushalten kaum oder gar nicht auftauchen. Ferner spiegelt sie die wirklichen Ausgabenposten in einem Arbeiterhaushalt nicht korrekt wider. Zweitens ist unklar, inwiefern bei dieser Graphik die Streichung von übertariflichen Zulagen im Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise in den letzten Jahren berücksichtigt wurde. Drittens werden hier nur Facharbeitereinkommen berücksichtigt. Das Einkommen für Anlerntätigkeit hat sich jedoch infolge der prozentualen Lohnerhöhungen erheblich ungünstiger entwickelt.

Dennoch vermittelt die Graphik eine ungefähre Vorstellung davon, wie gering die Steigerung der Reallöhne seit 1968 ausgefallen ist. Im Gegensatz dazu ist im gleichen Zeitraum die Produktivität unverhältnismäßig stärker gestiegen. Nach der abgedruckten Graphik sind die Facharbeiterlöhne in den letzten zehn Jahren real (gemessen an der Kaufkraft) um rund 30 Prozent gestiegen. Das ist sicher noch zu hoch gegriffen.

Nehmen wir nun einmal die Produktivitätssteigerung und die verschärfte Ausbeutung der Arbeitskraft in der Brauindustrie: In den letzten zehn Jahren stieg der Bierausstoß pro Brauereiarbeiter um 80 Prozent. In der Textilindustrie stieg der Ausstoß an Textilien pro Beschäftigten allein in den letzten sechs Jahren um rund 60 Pozent. In ähnlichen Dimensionen bewegt sich diese Steigerung auch in fast allen anderen Industriezweigen. Teilweise liegt die Steigerung an Ausstoß von Produkten pro Beschäftigten seit 1968 sogar bei 100 Prozent und mehr. Die Kapitalisten konnten also massiv die Ausbeutung der Arbeiterklasse verschärfen. Sie trieben den Anteil des Mehrwerts in die Höhe, den die Arbeiter unentgeltlich für sie erzeugen mußten. Der Gegensatz zwischen Reich und Arm vergrößerte sich.

Und jetzt in der Krise verschärfen die Kapitalisten diesen Gegensatz noch mehr indem sie rücksichtslos die Rationalisierungspeitsche schwingen nach dem Motto: „Mit weniger Arbeitern mehr produzieren." Gerade dieser Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital und seine Verschärfung haben zu der jetzigen Wirtschaftskrise, zu Massenarbeitslosigkeit und zum direkten Absinken unserer Reallöhne seit etwa vier Jahren geführt. Es ist also eine reaktionäre Lügenpropaganda, wenn den Werktätigen eingeredet wird, daß durch Lohnverzicht und durch bessere Profitmöglichkeiten für die Unternehmer die Arbeitsplätze sicherer würden und die Wirtschaftskrise überwunden werden könne.

Gegen die Konkurspläne van Deldens

4.000 Arbeiter demonstrierten in Nordhorn

Am Dienstag, den 17. Oktober demonstrierten in Nordhorn 4.000 Menschen — Textilarbeiter und ihre Familien — gegen die geplante Stillegung der Firma Ludwig Povel & Co. Durch die Pläne der Konzernleitung — die Textilfabrik gehört zur Delden-Gruppe — sind 1.150 Arbeitsplätze bedroht. Die Arbeiter der Spätschicht von Povel legten für drei Stunden ihre Arbeit nieder, um sich an der Demonstration zu beteiligen. Die Arbeiter der anderen großen Textilfabriken in Nordhorn — Nino und Rawe — erklärten den von Entlassung bedrohten Arbeitern ihre Solidarität.

Die Stillegung der Povelschen Textilfabrik bedeutet für die meisten der 1.150 Arbeiter und ihre Familien die Vernichtung ihrer Existenz. Denn in der 49.000 Einwohner zählenden Stadt Nordhorn gibt es bereits eine Arbeitslosigkeit von 6,5 Prozent, und außerhalb der Textilbranche sind in dieser Region an der holländischen Grenze kaum Arbeitsmöglichkeiten zu finden. Auf die einmal Entlassenen wartet so die Dauerarbeitslosigkeit. Bereits im Juni hatte die Firma 214 Arbeiter entlassen.

Wie groß die Empörung der Nordhorner Werktätigen angesichts der neuerlichen Angriffe war, zeigte sich auch an der Tatsache, daß sich der Bürgermeister der Stadt gezwungen sah, zu der Demonstration aufzurufen. Die Gewerbetreibenden in der Innenstadt schlossen für die Zeit der Demonstration ihre Betriebe. Zahlreiche Nordhorner reihten sich in die Demonstration ein.

Für den gesamten Textilkonzern Gerrit van Delden & Co., zu dem die Firma Povel gehört, war schon vor einigen Wochen der Konkurs in den Bereich des Möglichen gerückt. Von den Konkursplänen ist aber bislang „nur" die Stillegung des Nordhorner Werkes geblieben. Im nachhinein besehen, erscheint der Konkurs-Poker als ein ungeheuerliches Manöver des Konzerns zur Erlangung von Staats- und sonstigen Subventionen. Und das Manöver hat sich gelohnt: Nachdem schon im Februar und Juni die Länder Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen insgesamt 65 Millionen Mark Bürgschaft für den Konzern übernommen hatten, gewährte nun die Düsseldorfer Regierung dem Unternehmen weitere 40 Millionen Mark. Niedersachsen verzichtet für ein Jahr auf sein Recht, vom Gesamtkonzern 20 Millionen Mark für die Povel geleistete Bürgschaft zurückzufordern. Ein weiterer Verzicht von Hauptgläubigern in Gesamthöhe von 55 Millionen ist in Aussicht gestellt. Weitere Forderungen, die im Rahmen des Povelkonkurses an den Hauptkonzern gestellt werden könnten, werden bis zur Höhe von 5 Millionen Mark aus Bürgschaftsmitteln des Landes Nordrhein-Westfalen abgedeckt werden. Alles in allem ein geglückter Raubzug auf die Steuergelder der werktätigen Menschen, wobei die sogenannten Volksvertreter in den Parlamenten in Düsseldorf und Hannover Hilfestellung gaben!

„Ein Schlachtschiff ist langsamer zu drehen als ein Torpedoboot", sagte der Konzernchef Hendrik van Delden bezüglich der Finanzschwierigkeiten des sich in Familienbesitz befindenden Unternehmens. In dieser Formulierung ist die ganze Piratenmentalität dieses Kapitalisten enthalten. Sein Konzern ist ihm nichts als ein Kriegsinstrument zur Ausbeutung der Arbeitskraft seiner Arbeiter und zur Plünderung der Steuergelder. Das Schicksal der Arbeiter interessiert ihn dabei nicht. Er „stößt sie ab" — wie im Falle der Firma Povel —, wenn es seinen Kapitalinteressen geboten erscheint. Die Textilarbeiter aber sind nicht gewillt, diese Angriffe auf ihre Existenzgrundlage kampflos hinzunehmen. Das hat nicht zuletzt die machtvolle Demonstration in Nordhorn am letzten Dienstag bewiesen.



Demonstration der Nordhorner Textilarbeiter



Er hat gut lachen: Die staatlichen Subventionen sind ihm sicher (Gerrit van Delden junior)

Nebensächliches aus der IGBE

In scheinbar nebensächlichen Kundgebungen äußert sich oft treffender eine Weltanschauung als in langen Reden und Artikeln. Blättert man zum Beispiel die letzten beiden Nummern der „Einheit", der Zeitung der IG Bergbau und Energie, durch, so stößt man auf eine Reihe solcher Nebensächlichkeiten, die auf eine mehr als schwarze Gesinnung ihrer Urheber schließen lassen. Wobei die Schwärze sicher nicht von der Berührung mit der Kohle vor Ort kommt.

Auf Seite 2 des Blattes findet man die Rubrik „Kalla Koks meint höchstpersönlich", worunter jeweils ein kurzes Gedicht nebst einer Zeichnung erscheint. Das nimmt sich in der Ausgabe vom 15. Oktober folgendermaßen aus:

Kommissar Bürger

**Kalla Koks warnt Optimisten:
Wer da glaubt, daß Terroristen
langsam ging die Puste aus,
zielt weit übers Ziel hinaus.**

**So sehr uns Erfolge freuen,
Terror-Hydra wird mit neuen
Köpfen sich nach jedem Schlage
winden aus der Niederlage.**

**Eins nur Kalla tröstlich stimmt:
Bürgers Wachsamkeit getrimmt
auf Spuren der Drachensaat,
ist tagtäglich mehr auf Draht.**

**Kalla meint, wenn Polizei
Bürgers Freund und Helfer sei,
gilt, wie die Erfahrung lehrt,
dies genauso umgekehrt.**



KALLA KOKS meint höchstpersönlich

Einen mit mehr oder weniger Gewalt in Knüttelverse gebogenen Fahndungsaufruf — das hat bis jetzt wohl nur die Zeitung der IGBE zuwege gebracht. Und erst recht die Zeichnung ist bemerkenswert! Auf offener Straße wild nach allen Seiten denunzierende Bürger (sogar der Dackel schnüffelt) — das ist der Polizeistaat in Aktion, wie ihn die Führer der IGBE wohl gerne sehen würden.

Überhaupt sorgt sich die „Einheit" sehr um die Ruhe und Ordnung, um die Stabilität des Bonner Unternehmerstaates. So in der auf den 1. November datierten Ausgabe. Da fand sich in der „Kalla-Koks"-Rubrik zu den bayrischen Landtagswahlen folgendes:



**Bestes Resultat der Wahlen:
Abfuhr für die Radikalen!
Auch die Grüne-Listen-Gruppe
ist dem Wähler äußerst
schnuppe!**

**Kalla Koks zieht höchstprivat
aus der Wahl das Resultat:
Auf dem ganzen Breitengrad
gibt's keinen stabil'ren Staat!**

In der Verteidigung des Bonner Staates ist der „Einheit" jedes Mittel recht. Auf Seite 3 derselben Nummer stellt ein Redakteur folgende Rechnung auf: „Wenn Essen und Trinken nur einen geringen Teil der Verbraucherausgaben erfordern, darf man mit großer Sicherheit auf Wohlstand schließen." Worauf mit nebenstehender Graphik bewiesen wird, daß die westdeutsche Bevölkerung im Wohlstand lebt. — Natürlich! Davon sind die Führer der IGBE doch schon immer ausgegangen. Sie haben schon immer dafür Sorge getragen, daß die — angesichts des Wohlstands doch wirklich überflüssigen — Lohnerhöhungen möglichst niedrig ausgefallen sind.



Die Interessen des Arbeiters werden bei der „Einheit" kleingeschrieben im wahrsten Sinne des Wortes. Die machtvolle Demonstration von 40.000 Arbeitern in Dortmund gegen Arbeitslosigkeit und Aussperrung war der Zeitung ganze fünf (!) Zeilen wert. Und ein Foto — von neun mal neun Zentimetern.

Dortmund war ein Signal



Jetzt den Kampf in Betrieb und Gewerkschaft vorantreiben!

Rund 40.000 Kolleginnen und Kollegen aus Nordrhein-Westfalen bekundeten am 14. Oktober in Dortmund ihre Entschlossenheit, gegen Arbeitslosigkeit und Rationalisierungsterror zu kämpfen. Diese Demonstration war ein machtvoller Ausdruck der wachsenden Kampffront gegen die Rationalisierungs- und Entlassungsfeldzüge der Kapitalisten, gegen den Abbau der sozialen und demokratischen Rechte des werktätigen Volkes. Auf ungezählten Spruchbändern, auf Schrifttafeln und in kämpferischen Sprechchören wurden konsequente und klare Forderungen erhoben:

35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich — Kompromißlose Verteidigung unserer Arbeitsplätze — Keiner Entlassung darf zugestimmt werden — Voller Lohnausgleich bei Kurzarbeit — Genügend Lehrstellen und Ausbildungsplätze müssen her — Übernahme aller Lehrlinge in ihren erlernten Beruf — Gleicher Lohn für gleiche Arbeit — Weg mit den Berufsverboten — Weg mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen — Verbot der Aussperrung — usw. usf.

Der 14. Oktober hat unsere Kraft gezeigt. Jetzt heißt es, diesen Erfolg auszubauen, ihn in Betrieb und Gewerkschaft umzumünzen in konkrete Kampfschritte, in Schritte zur weiteren Organisierung, Verstärkung und Festigung einer einheitlichen, starken Kampffront gegen die Angriffe der Kapitalisten und gegen den Verrat der arbeiterfeindlichen DGB-Führung. Erheben wir jetzt verstärkt am Arbeitsplatz, auf Belegschaftsversammlungen, im Vertrauensleutekörper, in gewerkschaftlichen Versammlungen und Arbeitskreisen, im Betriebsrat usw. die Forderungen, die in Dortmund durch die Straßen hallten. Stellen wir entsprechende Resolutionen zur Abstimmung. Machen wir Vorschläge für bestimmte Aktionen und Kampfmaßnahmen.

Der DGB-Apparat und die Führer der revisionistischen DKP versuchten in Dortmund, die abwieglerische Linie der Apelle an ein nichtvorhandenes soziales Gewissen von Kapitalisten und Regierung durchzusetzen. Mit ihren Predigten von mehr Mitbestimmung, von der angeblich im Grundgesetz verankerten sozialen und demokratischen Grundordnung, wollten sie die Aktion entschärfen, sie zu einem kraftlosen Bittgang auf klassenversöhnlerischer Grundlage machen. Das gelang ihnen jedoch im großen und ganzen nicht. In der Hauptsache war die Demonstration durch den kämpferischen Geist der klassenbewußten Kollegen geprägt, durch konsequente Forderungen und eine militante Stimmung.

Knüpfen wir jetzt an dieser Tendenz an. Fordern wir echte Kampfmaßnahmen für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Keine Anrechnung von Arbeitszeitverkürzungen auf die Lohnforderungen! Organisieren wir den Protest in den Betrieben und Gewerkschaften gegen die verräterischen Schritte der DGB-Führer. Fordern wir, daß nicht erneut, wie im vergangenen Frühjahr, durch die spalterische Schwerpunkttaktik dem Aussperrungsterror der Kapitalisten Vorschub geleistet wird. Verlangen wir, daß durch Vollstreik die volle Wucht der Kampfbereitschaft in den Betrieben zum Durchbruch gebracht wird und die Kapitalisten somit zu wirklichen Lohnerhöhungen und zu echten Verkürzungen der Tages- bzw. Wochenarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich gezwungen werden. Verlangen wir von den Betriebsräten, daß sie keiner Entlassung zustimmen. Schlagen wir konsequente Aktionen gegen die Vernichtung unserer Arbeitsplätze vor.

Auf der Grundlage der anhaltenden kapitalistischen Krise sehen immer größere Teile der Arbeiterklasse, daß es keinen anderen Ausweg gibt, als zu kämpfen, den Kapitalisten und der Regierung die mächtige Faust des unversöhnlichen Klassenkampfes ins Gesicht zu schlagen. Auch immer mehr fortschrittliche Vertrauensleute und Gewerkschafter erkennen das. Das hat sich in Dortmund gezeigt. So ist Dortmund ein Beispiel dafür, daß sich die Voraussetzungen für die Schmiedung der proletarischen Einheitsfront im Kampf gegen die Verschlechterung der Lebenslage des arbeitenden Volkes zunehmend günstiger gestalten.

Nutzen wir deshalb jetzt beharrlich und mit Entschlossenheit alle Gelegenheiten, die sich tagtäglich bieten, um die Kollegen für kleine und große Aktivitäten zu gewinnen, angefangen von der Aufstellung von Forderungen bis hin zu Warnstreiks, Demonstrationen und weitergehenden Kampfmaßnahmen. Bedienen wir uns dabei aller Möglichkeiten und Ansatzpunkte, die sich in den Betrieben und in den Gewerkschaften bieten. Das ist der Weg, die in Dortmund zutage getretene Bewegung umzusetzen und auszubauen und die Arbeitereinheit gegen Bosse und Bonzen zu schmieden.

Gewerkschaftsboß gegen übertarifliche Zulagen

Der Boss der DGB-Gewerkschaft IG Bau-Steine-Erden Sperner empörte sich kürzlich auf einer Gewerkschaftsveranstaltung in Emden darüber, daß die Bauunternehmer bei dem jetzt eingesetzten Boom in der Bauindustrie übertarifliche Leistungen bezahlen.

Sperner behauptete, dadurch werde im Grunde verhindert, daß die Gewerkschaften Tariflöhne aushandeln können, „die sowohl den Notwendigkeiten der Wirtschaft entsprechen, als auch eine Absicherung des Einkommens gewährleisten“. Sperner verstieg sich sogar soweit zu erklären, jetzt komme es darauf an, die Unternehmer darauf hinzuweisen, daß mit dieser Art von Einkommenspolitik schwere Nachteile nicht nur für die Arbeiter, sondern auch für die Gesamtwirtschaft entstehen.

Wir wollen diesem sauberen Gewerkschaftsboß ja nun beileibe nicht absprechen, daß er sich ehrlich um „die Notwendigkeiten der Wirtschaft“ (sprich: die Profitinteressen der Kapitalisten) sorgt. Allerdings — in diesem Fall bewegen sich seine „wirtschaftstheoretischen Überlegungen“ nun doch auf recht seltsamen Pfaden. Sollte es dem Herrn Sperner hier vielleicht weniger um die Interessen „unserer Wirtschaft“ gehen, als vielmehr um das Ansehen des IG-Bau-Apparats unter den Bauarbeitern?

Es ist jedenfalls leicht vorstellbar, daß sich viele Kollegen sagen: „Was habe ich eigentlich von einer Gewerkschaftsführung, die nicht einmal solche Tarife durchsetzt, die das abdekken, was die Unternehmer bereit sind, freiwillig zu bezahlen, um ihre Aufträge reibungslos unter Dach und Fach zu bringen, um den entsprechenden Reibach in der Kasse klingeln zu hören?“

Und in der Tat: Da zahlen die Kollegen Monat für Monat ihren Gewerkschaftsbeitrag. Aber von Streik wollen die Sperner und Co. nichts hören. So kommen dann Tarifabschlüsse heraus, wie zum Beispiel in diesem Frühjahr der 5,6-Prozent-Abschluß. Ein Jahr zuvor gab es überhaupt keine Lohnerhöhung. Sicher: In Westberlin streikten die Kollegen im August fast zwei Wochen lang, denn hier kam die Gewerkschaftsführung nicht darum herum, einen Streik zu organisieren, weil die Unruhe unter den Kollegen zu stark war. Aber die IG-Bau-Führer verrieten diesen Streik und willigten in einen total faulen Kompromiß ein, der kaum mehr brachte als das, was von den Unternehmern schon vorher angeboten war.

Für die Unternehmer stellt sich die „wirtschaftliche Notwendigkeit“ so dar: Die Tariflöhne so niedrig wie nur möglich zu halten, in Zeiten des Booms dann übertarifliche Zulagen draufzulegen, wenn es nötig sein sollte. Ist der Boom dann wieder gestorben, kann man diese Zulagen ja streichen. Diese Art von „Einkommenspolitik“ funktioniert allerdings nur unter einer Bedingung: Wenn nämlich die Gewerkschaften der Arbeiter in der Hand von Verrätern und Streikbrechern sind, denen die sogenannte „wirtschaftliche Vernunft“ am Herzen liegt, die sich aber um die Interessen der Arbeiter einen Dreck scheren. Nur mit Hilfe solcher Sperners können die Unternehmer verhindern, daß die Arbeiter ihre Kampfkraft entfalten und bessere Tarifabschlüsse erzwingen.

Adler-Werke Frankfurt: Oppositioneller Betriebsrat fristlos entlassen

Der italienische Schichtarbeiter Francangelo Valdes, der im Frühsommer als Listenführer einer oppositionellen Liste zusammen mit fünf weiteren Kollegen von einem Drittel der Arbeiter (824 Stimmen) in den Betriebsrat gewählt wurde, ist fristlos entlassen worden. Diese Entlassung war nur dadurch möglich, daß die reaktionäre Betriebsratsmehrheit (mit dem Betriebsratsvorsitzenden und Mitglied der IGM-Ortsverwaltung Franz Stein an der Spitze) dem Entlassungsantrag der Geschäftsleitung zugestimmt hatte. Die IGM-Ortsverwaltung hatte im übrigen gegen Francangelo Valdes und die anderen Kandidaten der Liste ein Ausschlußverfahren wegen „gewerkschaftsschädigenden Verhaltens“ eingeleitet.

In dem Kündigungsschreiben hat die Geschäftsleitung keine Gründe für die Entlassung genannt. Aber diese Gründe sind kein Geheimnis. So berichtet zum Beispiel die Zeitung „Frankfurter Rundschau“, daß die Presseabteilung der Adler-Triumph-Gruppe in Nürnberg erklärt habe, für die Entlassung sei „der unablässige Propagandafeldzug“ von Francangelo Valdes maßgebend gewesen: „Er hat überall verkündet“, so der Pressesprecher des Konzerns, „er lehne die Samstagsarbeit generell ab.“

Seit dem 11. September müssen nämlich die Schichtarbeiter jeden zweiten Samstag eine achtstündige Sonderschicht leisten. Dazu hat die reaktionäre Betriebsratsmehrheit in einer Betriebsvereinbarung ihre Zustimmung erteilt. Und zwar gleich für 14 Wochen. Das widerspricht sogar dem Manteltarifvertrag, der solche Betriebsvereinbarungen nur für jeweils acht Wochen erlaubt.

Der Kollege Valdes hat also nichts anderes getan, als die Interessen der Belegschaft zu verteidigen, ganz im Gegensatz zum IGM-Apparat, der die Schichtarbeiter zu Sonderschichten zwingen läßt und diejenigen, die sich dagegen wehren, den Bossen ans Messer liefert. Valdes hatte übrigens schon einmal eine Rüge erhalten, weil er auf einer Betriebsversammlung schlechte Arbeitsbedingungen kritisiert hatte.

Zeitungsverleger wollen „Friedensabkommen“

Der Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) hat der IG Druck und Papier ein sogenanntes „Friedensabkommen“ vorgeschlagen. Dieses Abkommen soll darin bestehen, daß Streiks grundsätzlich ausgeschlossen werden und alle Tarifkonflikte durch eine Schlichtungskommission gelöst werden. Der Präsident des Verbandes, Binkowski, begründete diesen Vorschlag mit der gewagten Behauptung, daß „die Zeit des klassischen Arbeitskampfes ein für allemal vorbei ist“. Einen echten Realitätsgehalt scheinen Binkowski und Co. dieser Behauptung jedoch selbst nicht beizumessen. Sie erhöhten nämlich gleichzeitig ihren „Solidaritätsfonds“ für „Abwehrmaßnahmen“ gegen Streiks (also für Aussperrungen) auf zehn Millionen Mark.

Die IG-Druck-Führung gab sich entrüstet und wies den unverschämten Vorschlag der Zeitungsverleger zurück. Mahlein, Hensche und Konsorten setzen da doch lieber auf weniger plumpe und nicht so leicht durchschaubare Formen der Sabotage am Kampf der Arbeiter und Angestellten. Im übrigen sind sie zu sehr Realisten, um sich einzubilden, sie könnten den Kollegen das Streiken verbieten. Gerade in diesem Jahr haben die Kämpfe der Arbeiterklasse in der Bundesrepublik und Westberlin einen neuen Aufschwung genommen. Das zeigen die zahlreichen großen und kleinen Streikkämpfe in den verschiedensten Industriezweigen seit Anfang des Jahres. Die zunehmende Kampfentschlossenheit der Arbeiterklasse wurde nicht zuletzt auch durch die machtvolle Massendemonstration am 14. Oktober in Dortmund gegen Arbeitslosigkeit, Rationalisierungsterror und Aussperrungsterror eindrucksvoll dokumentiert.

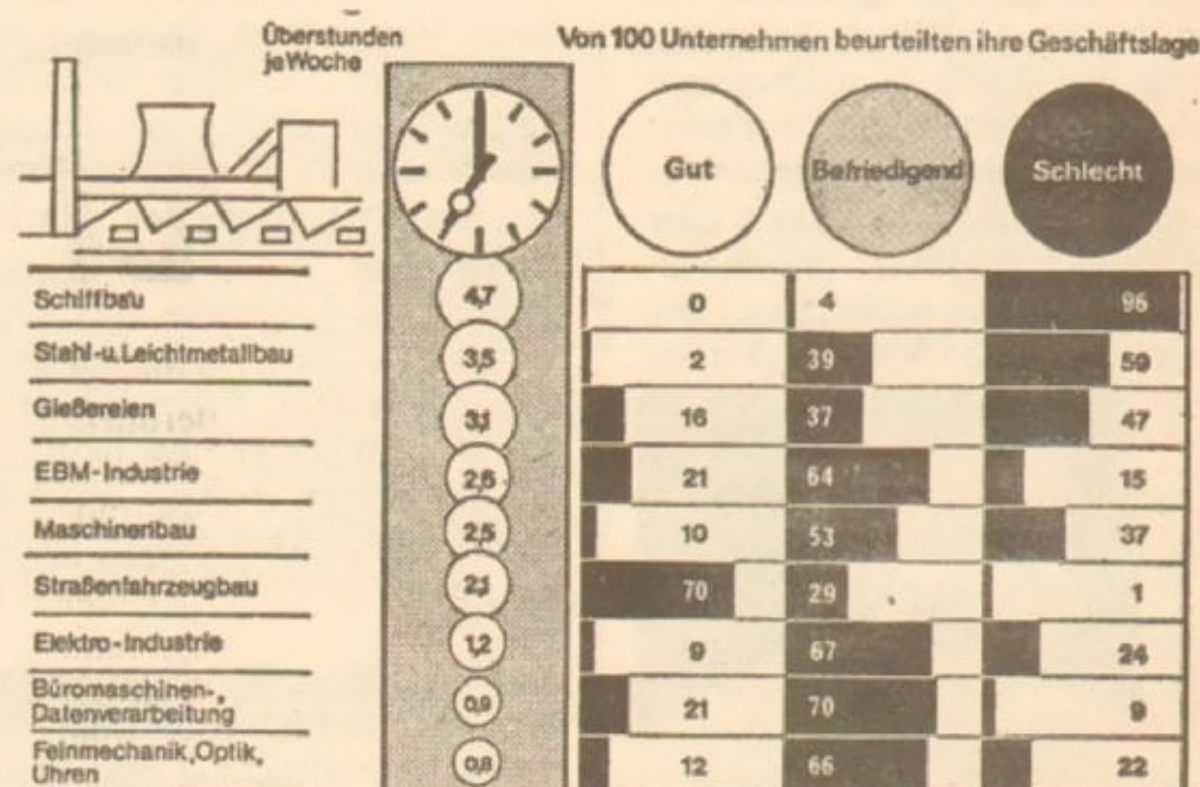
Opel Bochum: Erfolg im Kampf gegen Sonderschichten

Bei Opel Bochum haben die Arbeiter, die schon seit längerem ihren Protest gegen Sonderschichten zum Ausdruck brachten, einen Erfolg errungen. Eine knappe Mehrheit des Betriebsrats im Bochumer Werk hat den Antrag der Geschäftsleitung auf acht Sonderschichten abgelehnt. Bei Opel Bochum gibt es eine oppositionelle Fraktion im Betriebsrat („Gewerkschaftsoppositionelle Gruppe — GOG), die über neun Betriebsratssitze verfügt und damit eine relativ starke Minderheit darstellt. Im vergangenen Jahr hatte die GOG-Fraktion sich bei einer Abstimmung über einen Sonderschichtenantrag opportunistisch der Stimme enthalten. In diesem Jahr ist jedoch der Druck der Belegschaft auf den Betriebsrat noch stärker geworden.

Bei Opel Rüsselsheim und im Opel-Werk Kaiserslautern haben die Betriebsräte den Sonderschichten mehrheitlich zugestimmt. Am 11. November soll die erste der acht Samstagsschichten verfahren werden.

Jährlich 4.500 tödliche Betriebsunfälle

Nach offiziellen Angaben kommen in der Bundesrepublik bei Betriebsunfällen in Industriebetrieben, Universitäten, Schulen und Kindergärten jährlich rund 4.500 Menschen ums Leben. Die Zahl der registrierten Arbeitsunfälle beträgt jährlich ca. zwei Millionen. Arbeitshetze und mangelnde Sicherheitsvorkehrungen sind die hauptsächlichen Ursachen für diese schreckliche Bilanz. Der Profit steht im kapitalistischen Gesellschaftssystem höher als das Leben und die Gesundheit der werktätigen Menschen.



Schlechte Geschäftslage und Überstunden

Obenstehende Grafik fand sich im „Handelsblatt“ vom 10. Oktober. Sie dokumentiert eine interessante Beziehung: Je schlechter es nach Aussage der Firmenleitung einem Unternehmen geht, desto mehr Überstunden muß die Belegschaft leisten. Wie aber kommt das? Müßte es nicht umgekehrt sein? Müßte bei schlechter Geschäftslage — wenn zum Beispiel Aufträge fehlen — nicht auch weniger gearbeitet werden?

Nach menschlicher Logik ist das richtig, nicht aber nach kapitalistischer. Schlechte Umsatzlagen werden von den Firmen regelmäßig benutzt, um einen Teil der Arbeiter zu entlassen und aus den verbleibenden das Letzte herauszupressen. Dies kommt den Unternehmern in der Krise billiger als die Beibehaltung der alten Belegschaftszahl. Umgekehrt zeigt die Grafik auch, was unter einer schlechten Geschäftslage der Unternehmen eigentlich zu verstehen ist. Schlechte Geschäftslage heißt in der Regel nicht, daß der Profit der Unternehmen geschmälert wird, sondern daß die Arbeiter mit Entlassungen auf der einen und Überstunden auf der anderen Seite die Krise bezahlen müssen. Betrachtet man zum Beispiel die Schiffbauindustrie, die in der Tabelle an der Spitze rangiert, so wird dies deutlich. Das größte Schiffbauunternehmen der Bundesrepublik, die Howaldtswerke-Deutsche Werft, das jetzt wieder 1.500 Arbeiter entlassen will, hatte von 1971 bis 1977 seinen Umsatz von 342,2 Millionen auf 1,224 Milliarden Mark gesteigert. Gleichzeitig rationalisierte es 4.712 Arbeitsplätze weg. Im Geschäftsjahr 1976/77 betrug sein Nettogewinn die Rekordsumme von 225,8 Millionen Mark.



Horgauer Bürger verbrennen ihre Wahlkarten vor dem Wahllokal

Landtagswahlen? Danke, nein!

In der Nacht vor der Landtagswahl rückte die Polizei in Horgau, einer Gemeinde in bayrisch Schwaben, ein. Hatte man etwa wieder einmal ein gefährliches „Terroristennest", eine konspirative Wohnung oder ähnliches aufgetan? Nein, das Fahndungsinteresse der Polizisten, die in Horgau ausschwärmten, galt kleinen unscheinbaren Zetteln, die überall an Bäumen und Hauswänden der Gemeinde hingen. Darauf waren Parolen zu lesen wie etwa: „Wir sollten einer Meinung sein — Landtagswahlen danke nein."

Ein Aufruf zum Wahlboykott also. Und so etwas ist heute schon verboten in Bayern? Der Hauptkommissar Heinrich immerhin folgerte messerscharf, der Einsatz seiner Beamten sei notwendig gewesen, denn „weil die Aufrufe nicht gedruckt waren, sondern bloß geschrieben, waren sie keine Druckwerke nach dem Paragraphen 6 des Pressegesetzes, sondern eine Ordnungswidrigkeit". Und eine solche gravierende Ordnungswidrigkeit ruft natürlich sofort die Polizei auf den Plan.

Aufgerufen zum Wahlboykott hatte der „Bürgerverein Rothtal". 99 von 107 Mitgliedern hatten auf einer Sitzung dafür gestimmt, auf diese Art den Protest der Horgauer gegen die Eingemeindung in das zehn Kilometer entfernte Zusmarshausen zum Ausdruck zu bringen. Schon bei den Kommunalwahlen im Frühjahr war ein solcher Boykott erfolgreich durchgeführt worden.

So zogen dann am Wahlsonntag Posten vor dem Wahllokal in Horgau auf. Gleich nebenan war ein Grill aufgestellt worden, in dem die Wahlkarten verbrannt wurden. Als dann das Ergebnis ausgezählt war, ergab sich für die Gemeinde eine Wahlbeteiligung von nur 20 Prozent. Ein schöner Erfolg für die Horgauer.

Katastrophenübung am AKW Neckarwestheim

Polizeimanöver gegen die Bevölkerung

Zum ersten Mal in der Geschichte der Deutschen Bundesrepublik ist am 16. Oktober in einer Katastrophenschutzübung der „atomare Ernstfall" geprobt worden. Der Übungsverlauf ging dabei von einem angenommenen Bruch der Hauptkühlleitung im Atomkraftwerk Neckarwestheim aus. Um neun Uhr zwanzig wurde der Katastrophenalarm für die Landkreise Heilbronn und Ludwigsburg gegeben. Um elf Uhr schwärmten dann Hunderte von Polizisten in diesem Gebiet aus.



Demonstrationszug von Gemmrigheim nach Neckarwestheim gegen die Katastrophenübung

Natürlich geschah das alles zum Schutze der Bevölkerung. So sagten es jedenfalls die Herren in den Stuttgarter Ministerien. Diese Bevölkerung selbst war jedoch in keiner Weise in die Übung einbezogen. Sie wurde von den Planern in den Krisenstäben nur auf dem Papier evakuiert oder auf Radioaktivität untersucht. Man kann es kaum glauben. Jede kleine Feuerschutzübung in einer Schule wird doch so durchgespielt, daß selbstverständlich alle Kinder daran teilnehmen, daß sie die Fluchtwege kennenlernen, ein richtiges Verhalten einüben können usw.

Aber hier, wo es um Atomkatastrophen von allergrößtem Ausmaß für die Bevölkerung geht, wird die ganze Übung faktisch unter Ausschluß der Öffentlichkeit durchgeführt. Der Stuttgarter Innenminister Palm erklärte dazu nur frech, er wolle ja kein Spektakel veranstalten. „Daher ist es auch nicht sinnvoll, die Bevölkerung zu beteiligen." Und nicht nur das. Für sinnvoll hält es der Herr Minister auch, die Katastrophenschutzpläne vor dieser Bevölkerung nach wie vor geheimzuhalten. Das heißt doch nichts anderes, als daß die Menschen am Neckar einer wirklichen Katastrophe im Atomkraftwerk Neckarwestheim vollständig ausgeliefert wären.

Und das ist nicht nur dort so. Auch im Bereich der anderen AKWs in der Bundesrepublik gibt es diese Geheimhaltung der Pläne vor der Bevölkerung. Im Sommer dieses Jahres gelang es einer Bürgerinitiative an der Unterweser, in den Besitz der entsprechenden Pläne für das AKW Esenshamm zu kommen. (Der „Rote Morgen" berichtete in Nr. 34 ausführlich darüber). Und da wurde schlagartig klar, warum die Herren diese Heimlichtuerei betreiben. Ein Schutz der Bevölkerung im Falle einer atomaren Katastrophe ist nämlich gar nicht vorgesehen.

Unter diesem Gesichtspunkt ist es auch nicht verwunderlich, daß der Minister Palm die Beteiligung der Bevölkerung an seiner Übung nicht für sinnvoll hielt. Denn dann wäre ja die Wahrheit über diesen angeblichen Katastrophenschutz sehr schnell ans Tageslicht gekommen. Denn was hier geübt wurde, war nicht der Schutz der Bevölkerung vor einer Katastrophe. Hier trainierte die Polizei, wie sie im Ernstfall **gegen** die Bevölkerung vorgehen kann. Dazu ein Zitat aus einem Katastrophenplan, der im Freiburger Regierungspräsidium abhanden gekommen ist. Dort ist in aller Deutlichkeit dargelegt, daß es im Ernstfall geplant ist, auch „mit Einsatz der Bundeswehr und der Stationierungsstreitkräfte Absperrungen durchzuführen".

So stellen sich also die Herren wirklich den Katastrophenfall in einem Atomkraftwerk vor. Mit Polizei, Bundeswehr und Besatzertruppen wird das verseuchte Gebiet einfach abgeriegelt, werden Tausende oder Hunderttausende von Werktätigen kaltblütig dem Atomtod ausgeliefert. Die Polizeiübung am Neckar ist auch auf Widerstand gestoßen. So führten Bürgerinitiativen am 15. 10. eine Demonstration durch, auf der sie die Stillegung des AKWs Neckarwestheim forderten.

Ein Menschenleben ausgelöscht — auf freien Fuß gesetzt

Der Professor Dieter Maroske, kommissarischer Direktor der chirurgischen Uniklinik in Marburg, hat den qualvollen Tod eines 14jährigen Jungen verursacht. Es wurde ein Verfahren gegen ihn geführt, aber der Professor konnte den Gerichtssaal als freier Mann verlassen. Die Sache hatte sich so zugetragen:

Der Schüler Erich Amend klagte über Leibschmerzen. Sein Hausarzt untersuchte ihn gründlich eine dreiviertel Stunde lang und stellte dann die richtige Diagnose „Verdacht auf Blinddarmentzündung". Er veranlaßte die sofortige Überführung des Jungen in die Uniklinik Marburg. Hier nun fiel Erich dem Professor Maroske in die Hände. Der kümmerte sich einen Dreck um die Diagnose des Hausarztes. Er setzte sich auch über andere Anzeichen hinweg, die eindeutig diese Diagnose bestätigten, wie etwa die überhöhte Zahl von weißen



Professor Maroske: Verantwortlich für den Tod des 14jährigen Jungen

Blutkörperchen. Wie Erichs Mutter aussagte, begnügte sich der Herr Professor damit, dem Patienten ein paar Mal über den Bauch zu streichen.

Dann schickte er ihn mit der Diagnose „Darmentzündung" nach Hause und verordnete Tee und Zwieback. Noch in der gleichen Nacht starb Erich Amend unter qualvollen Schmerzen. Die Schuld des Professors Maroske an seinem Tod lag klar auf der Hand. Und man sollte meinen, daß eine Verurteilung dieses feinen Herren die notwendige Folge gewesen wäre. Aber wie gesagt, Maroske ist ein freier Mann. Zwei Tage dauerte die Verhandlung, die gegen ihn unter dem Vorwurf der fahrlässigen Tötung geführt wurde. In diesem Verfahren trat ein Standeskollege des Marburger Arztes, ein Kinderchirurg namens Herzog, als Gutachter auf. Und der sprach von „einer Kette von Umständen, die beinahe schicksalhaft" zum Tod des Jungen geführt hätte. So ist das bei solchen Herren: Wenn sie ein Menschenleben auf dem Gewissen haben, dann ist es das Schicksal gewesen.

Ein anderer Gutachter rügte zwar die „oberflächliche, leichtfertige und unwissenschaftliche Untersuchung". Aber auch er wollte nicht sagen, daß Erich durch eine Operation „mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit" hätte gerettet werden können. Und das genügt dem Gericht dann für den Freispruch. Ein solcher Ausgang in einem Verfahren gegen die Totmacher im weißen Kittel ist kein Einzelfall. Er ist vielmehr die Regel. Denn wie offenkundig auch immer die Schuld dieser Leute sein mag, der „Gesetzgeber" — wie es so schön heißt — hat schon dafür gesorgt, daß ihnen kein Haar gekrümmt wird. Für eine Verurteilung muß nämlich nachgewiesen werden, daß der Tod eines Patienten **ausschließlich** auf die Fehler des betreffenden Arztes zurückzuführen ist. Und ein solcher Ausschließlichkeitsbeweis ist kaum jemals zu erbringen. So werden dann Leute wie jener Professor Maroske erneut auf die Patienten losgelassen.

Westberlin

Aktion gegen die Halsabschneider im türkischen Konsulat

Mehrere Dutzend türkischer Arbeiter zogen mit Transparenten und zweisprachigen Flugblättern vor dem türkischen Konsulat in Westberlin auf. Aktueller Anlaß für diese Aktion waren die üblen Betrügereien, die in den Konsulaten gang und gäbe sind. So müssen die türkischen Kollegen wegen unzähliger amtlicher Formalitäten die Konsulate aufsuchen. Und jedesmal werden sie dort zur Kasse gebeten und müssen eine gesalzene Gebühr bezahlen.

Besonders unverschämt ist dabei folgendes: Die Kollegen müssen ihre Gebühren in westdeutschem Geld bezahlen. Türkische Währung wird von den Beamten nicht angenommen.

Aber diese Herren legen einen völlig willkürlichen Wechselkurs fest. Eine Mark steht heute bei 12,44 TL (türkische Pfund). Die Herren im Konsulat jedoch berechnen die Mark mit nur 5,88 TL. So müssen die Kollegen also das Doppelte an Gebühren aufbringen. Die Differenz, die sich aus diesem willkürlichen und unverschämten Wechselkurs ergibt, wird den türkischen Kapitalisten in den Rachen geworfen, die stets einen großen Bedarf an Devisen in „harter Währung" haben.

Die Demonstranten vor dem türkischen Konsulat in Westberlin protestierten aber nicht nur gegen diese Halsabschneiderei. In ihrem Flugblatt machten sie auch auf die menschenunwürdige Behandlung der türkischen Arbeiter in den Konsulaten aufmerksam. So werden Kollegen beschimpft und beleidigt. Sie müssen stundenlange Wartezeiten in Kauf nehmen, während die Herren Beamten in aller Ruhe ihren Tee trinken. Außerdem ist es eine bekannte Tatsache, daß die Konsulate eng mit den Behörden des Bonner Staats zusammenarbeiten, wenn es darum geht, Kämpfe der türkischen Kollegen zu unterdrücken oder fortschrittliche Kollegen auszuweisen.

Ein Westberliner Genosse berichtete uns über die Aktion: „Die Konsulatsbeamten hatten wohl Angst, daß einige der Kundgebungsteilnehmer ins Konsulat hineinkommen könnten. Deshalb wurde die Eingangstür bewacht... Ich kann nur sagen, daß auch meine türkischen Kollegen im Betrieb empört sind darüber, wie sie auf dem Konsulat behandelt werden und daß diese Kundgebung eine richtige Sache war."

AKW Brunsbüttel

Eisenbrocken im Kühlkreislauf



Juni 1978: Demonstration in Brunsbüttel, nachdem eine radioaktive Wolke aus dem AKW ausgetreten war

Erst im Juni war es im Atomkraftwerk Brunsbüttel zu einem schweren Unfall gekommen, bei dem eine radioaktive Wolke austrat. Seitdem ist das AKW stillgelegt. Jetzt wurden bei den Arbeiten im Reaktordruckgefäß handtellergroße Eisenbrocken entdeckt, die im Kühlkreislauf des Reaktors umhergewirbelt wurden und mehrere Kühlmittelpumpen schwer beschädigt hatten. Offenbar haben sich ganze Teile des Druckbehälters gelöst.

Gegenwärtig werden die Metallbrocken in den Labors des Herstellerkonzerns Siemens untersucht. Dieser neue Vorfall im AKW Brunsbüttel wirft ein bezeichnendes Bild auf die angebliche Sicherheit der Atomkraftwerke. Experten wiesen darauf hin, daß durch die umherfliegenden Brocken sehr leicht die Kühlwasserzufuhr blockiert und durch das damit verbundene Schmelzen der Brennstäbe große Mengen von Radioaktivität freigesetzt werden könnten.

Mit Hubschraubern über Bodelschwingh

Dritter Mann im Mini-Cooper?

Terroristenfahndung: Schüsse gehört und Verdächtigen gesichtet

Schütze von Körne ist kein Terrorist

DORTMUND

Beamter schoß bei Kontrolle

Bei einer Radar-Kontrolle fuhr gestern gegen 20 Uhr auf der Stockumer Straße (Kreuzung Pieper) ein BMW-Fahrer auf einen Beamten zu, als er versuchte, sein Fahrzeug zu wenden. Der Polizist gab auf den flüchtenden Wagen einen Schuß ab, der die Heckscheibe zertrümmerte.

Neue Ringfahndung ohne ein Ergebnis

Polizei sucht noch vier Sonntagswanderer

...ße „Am Rombergpark" gab ein Polizeibeamter einen Schuß auf einen Personenwagen ab, der bei einer Kontrolle nicht gehalten hatte. Getroffen wurde der Kofferraumdeckel.

Inzwischen sind beim ...

Links: [illegible] Kostproben aus der Dortmunder Tagespresse. [illegible] Bruno Wein am 25.9. von der [illegible] fand er seine Türen zertrümmert, [illegible] vor: Die Polizei [illegible] Haus gestürmt. [illegible]

Polizeiterror in Dortmund:
Selbst inserieren ist gefährlich!

Seit der Schießerei im Dortmunder Süden am 24.9. wird die Dortmunder Bevölkerung von Aktionen der Polizei terrorisiert. Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht irgendein Hochhaus durchsucht oder ein unbescholtener Bürger festgenommen wird, alles unter dem Vorwand der Terroristenverfolgung.

Am 10.10. zum Beispiel meldeten die Zeitungen, daß starke Polizeikräfte ausgerückt seien, um einen Wald im Dortmunder Stadtteil Persebeck nach Terroristen zu durchkämmen, weil dort Schüsse gehört worden seien. Wie sich rechtzeitig herausstellte, handelte es sich um Kinder, die mit Knallkörpern spielten. Die Kinder können von Glück sagen, daß ihnen nichts passierte.

Während in jeder Straßenbahn und an jeder Ecke Fahndungsfotos von „Terroristen" aushängen, ließ sich jetzt die Polizei etwas ganz Neues einfallen, um die Fahndungshysterie anzufachen. Sie macht Jagd auf ein Zeitungsinserat mit dem Wortlaut: „Psychologin sucht dringend möbl. 1- bis 2-Zi-Wohng. v. Priv. f. mind. 6 Monate..." Angeblich sind Inserate dieser Art von „Terroristen" aufgegeben worden. Jetzt sollen sich Leute melden, die auf eine solche Anzeige „angebissen" haben und, nach Vermutung der Polizei, mit den „Terroristen" gesprochen haben müssen. Täglich laufen jetzt Meldungen bei der Polizei ein, daß weitere Anzeigen dieser Art entdeckt worden seien (welch ein Wunder!), aber es hat sich kein einziger gemeldet, der mit dem entsprechenden Inserenten gesprochen hat.

Berufsverbote
„... schärfer als bisher beobachten"

Der Bremer Bürgermeister Koschnick hat dem SPD-Vorstand neue „Grundsätze zur Feststellung der Verfassungstreue im öffentlichen Dienst" vorgelegt. Diese Grundsätze decken sich im wesentlichen mit den Thesen des Hamburger Bürgermeisters Klose, die darauf hinauslaufen, daß nicht mehr allein die Mitgliedschaft in einer verfassungsfeindlichen Organisation zur Ablehnung einer Bewerbung ausreichen soll, sondern das tatsächliche Verhalten zur Verfassung beurteilt werden soll.

Die Vorlage dieser Grundsätze durch Koschnik stellt den vorläufigen Höhepunkt der Diskussion innerhalb der bürgerlichen Parteien über den Radikalenerlaß dar, die ihre Ursache in der ständig anwachsenden Bewegung gegen die Berufsverbote hat. Warum einige SPD-Politiker unter dem Druck der Empörung über die Berufsverbote jetzt von einer Lockerung des Radikalenerlasses reden, das machte der ehemalige Senatspräsident des Bundesverfassungsgerichts, Walter Seuffert, deutlich, als er in sehr berechnender Weise die Vor- und Nachteile der bisherigen Überprüfungspraxis abwog:

„Der Schaden, den die Freiheit des Bürgers und **der Ruf des Rechtsstaats** dabei nehmen, geht weit darüber (über den ‚Ertrag' des Überprüfungsverfahrens, die Red.) hinaus." Gleichzeitig bedauerte er die „Vergiftung der politischen Atmosphäre, der Untergrabung des Vertrauens in die Demokratie, der Diskreditierung des freiheitlichen Staates..." Und Bundesinnenminister Baum hielt die in Baden-Württemberg geltende Vorschrift, nach der jeder Bewerber schriftlich bestätigen muß, daß er auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehe, für „unerträglich".

In der Tat, diese Gesinnungsschnüffelei ist unerträglich. Was Baum aber meint, ist die für ihn erschreckende Tatsache, daß gerade die Berufsverbote und die hemmungslose Schnüffelei im öffentlichen Dienst zu einem negativen Markenzeichen für den Bonner Staat geworden sind und bei vielen Menschen das Mißtrauen in diesen Staat gestärkt haben. Deshalb möchten Leute wie Klose, Koschnick und Baum mit einigen Zugeständnissen die Wogen der Empörung glätten.

Daß es aber keinen Anlaß gibt, sich beruhigen zu lassen, lassen dieselben Leute in bestimmten Äußerungen durchscheinen. So hat Bürgermeister Klose seine berühmte Äußerung, daß ihm 20 Kommunisten in Staatsdiensten lieber seien als 200.000 verunsicherte junge Leute, wieder zurückgenommen. Sie sei nicht so gemeint gewesen. Und sein Kollege Koschnick forderte: Schulleiter und Aufsichtsbehörden sollten schärfer als bisher beobachten, wo indoktriniert werde!

Aber auch die Praxis in den Bundesländern Hamburg und Bremen, wo diese „liberalen" Konzepte ersonnen werden, zeigt gerade: Die Berufsverbote gehen weiter! Das mußte gerade die 27jährige Lehrerin Sabine Dege erfahren, die jetzt in Hamburg aus dem Schuldienst entlassen wurde, weil sie sich für die Interessen von Schülern und Lehrern eingesetzt hat und insbesondere gegen Berufsverbote, darunter ihr eigenes, gekämpft hat.

Dieses Beispiel, wie auch das des früheren SHB-Funktionärs Michael Jung, der nicht in den Dienst bei der Landeszentralbank in Hamburg übernommen wurde, demonstriert, daß man sich keine Illusionen über Kloses „liberale" Sprüche machen darf, sondern daß der Kampf weitergehen muß unter der Parole: Weg mit den Berufsverboten!



Wer hat den Unfug aufgebracht? Was macht das denn für einen Eindruck?

Rheinland-Pfalz:
Lehrlinge vom Verfassungsschutz bespitzelt

Eine Anfrage im rheinland-pfälzischen Landtag brachte es zutage: In diesem Bundesland werden sogar minderjährige Lehrlinge vor ihrer Anstellung vom Verfassungsschutz überprüft!

Landesinnenminister Kurt Böckmann gab zu, daß „in den Jahren 1977 und 1978 von den Einstellungsbehörden auch Anfragen hinsichtlich der als Auszubildenden in den öffentlichen Dienst einzustellenden Bewerber an das Ministerium des Inneren gerichtet worden" seien. Mit dieser Formulierung wollte Böckmann die Behauptung zurückweisen, der Verfassungsschutz **überprüfe** die Lehrlinge. Stattdessen, so Böckmann, beantworte der Verfassungsschutz „lediglich Anfragen von Einstellungsbehörden, ob über den Bewerber bereits konkrete Tatsachen bekannt sind, die darauf schließen lassen, daß der Bewerber nicht das Qualifikationsmerkmal ‚Verfassungstreue' für den öffentlichen Dienst erfüllt".

So kann man es auch sagen!

Nachdem der DGB-Landesvorsitzende Lehlbach auf einer Pressekonferenz gegen diese Überprüfungen protestiert hatte (auch er ist ein Anhänger von Kloses „Liberalisierung" der Berufsverbote), bestand demgegenüber die Landesregierung ausdrücklich darauf, daß Lehrlinge von 15 oder 16 Jahren in der oben erwähnten Weise „behandelt" werden und daß der Verrfassungsschutz einen „Anspruch auf ein ungestörtes Arbeiten" habe.

Diese Äußerungen werfen ein bezeichnendes Licht auf die schmutzige Praxis der Gesinnungsschnüffelei, die hier in ihrer widerwärtigen Form demonstriert, wohin die Berufsverbote-Praxis des Bonner Staates führt.

Werner Adomatis freigesprochen!

Das erste Urteil von zwölf Monaten bzw. sechs Monaten Haft mit Bewährung gegen den Elektriker Werner Adomatis, den Koch Josef und den Maschinenschlosser Fritz mußte jetzt in zweiter Instanz zurückgenommen werden. Werner wurde freigesprochen, Josef zu 30 Tagessätzen à 25 Mark und Fritz zu 30 Tagessätzen à 40 Mark verurteilt.

Das ist ein großer Erfolg, wenn man bedenkt, daß es gerade das Ziel des Staatsanwalts war, die Bewährungsstrafe in eine Haftstrafe **ohne** Bewährung umzuwandeln.

Im Verlauf der vier Sitzungen dieses Verfahrens verwickelten sich die Polizeizeugen derart in Widersprüche, daß selbst der Vorsitzende des Gerichts zum Beispiel den Schutzmann Schramm als völlig unglaubwürdig zurückweisen mußte. So ist es praktisch als Ergebnis des Prozesses anzusehen, daß nicht der Überfall der Demonstranten auf die Polizei, sondern umgekehrt der Polizei auf die antifaschistischen Demonstranten bewiesen wurde. So mußten die Anklagepunkte „schwerer Landfriedensbruch" und „schwere Körperverletzung" fallengelassen werden.

Trotz dieses Erfolgs, es ist nach wie vor empörend, daß in unserem Land Gegner eines Regimes, das sich nur noch durch blutige Gemetzel und faschistischen Terror halten kann, von der Polizei angegriffen und von den Gerichten verurteilt werden.

Wachsamkeit ist geboten

„Lebensgefahr! Terroristin Speitel hat Gelbsucht." Mit dieser Schlagzeile wartete „Bild" am 20.10. auf. Im Anschluß daran wird dem Leser vorgerechnet, daß Angelika Speitel „Deutschlands teuerste Gefangene" sei, die täglich 20.000 Mark an Bewachungskosten verschlinge. Diese Masche kennen wir schon. Es ist nicht das erste Mal, daß Springers Dreckschleuder mit solchen Artikeln Stimmung dafür macht, daß man gefangene „Terroristen" ruhig krepieren lassen soll.

Auch Werner Hoppes Zustand verschlechtert sich wieder alarmierend. Ein zunächst einsetzender Erholungsprozeß nach Einlieferung in das Altonaer Krankenhaus ist in einen erneuten körperlichen Verfall umgeschlagen. Sofortige Freilassung von Werner Hoppe!

Nicht verfassungsfeindlich

Anläßlich des Wiedereinstellungsverfahrens von Peter Lukas kam es ans Tageslicht: Der Verfassungsschutz bescheinigte dem Gericht, daß die „Liga gegen den Imperialismus" **nicht mehr** als verfassungsfeindlich anzusehen sei, weil sie „einen Wandlungsprozeß durchgemacht" habe.

Jürgen Paulick soll fertiggemacht werden

Der Angeklagte im Hamburger Antifaschistenprozeß Jürgen Paulick ist von seiner Firma mit vorgeschobenen Gründen entlassen worden (der RM berichtete darüber). Jetzt entzog ihm auch das Arbeitsamt die Unterstützung. Nachdem die Stadt Ahrensburg ihn nicht in eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme übernehmen wollte, weil sie ihn nicht während der zwei Prozeßtermine pro Woche bezahlen wollte, erklärte ihn das Arbeitsamt jetzt für „nicht zu vermitteln" aufgrund der vielen Termine am Gericht. Er wurde ans Sozialamt verwiesen. Dort zahlt man aber auch nicht, solange keine Bescheinigung vom Arbeitsamt vorliegt. Diese wird ihm vom Arbeitsamt vorläufig verweigert! Am liebsten wäre es ihnen wohl, wenn Jürgen, dessen Frau im Februar ihr zweites Kind bekommt, verhungern würde. So arbeiten Justiz, Arbeitsamt und Behörden zusammen, um einen Antifaschisten fertigzumachen.

Nazi-„Rassenkunde" in der Schule

Erst nach einer Welle von Protesten sah sich der niedersächsische Kultusminister Remmers (CDU) gezwungen, den Schulleiter des Grotefend-Gymnasiums in Hannoversch Münden zu suspendieren. An dieser Schule hatten zwei Lehrer faschistische Literatur über die „6-Millionen-Legende" und die „Gaskammerlüge" sowie die zwei NS-Standardwerke „Grundgedanken der nationalsozialistischen Weltanschauung" und „Kurzer Abriß der Rassenkunde" von 1938 bzw. 1942 an die Schüler verteilt. Schulleiter Dr. Kausch hat diese Lehrer nicht nur gedeckt, sondern vertrat auch ähnliche Ansichten. Als die Sache aufgedeckt wurde, setzte er fortschrittliche Lehrer und Schüler unter Druck, leitete Verfahren gegen sie ein, drohte unverhüllt mit dem Verfassungsschutz und verbot eine Schülerzeitung.

„Bürgerwehr" in Bayern?

Auf Empörung sind die Vorschläge des bayrischen CSU-Landtagsabgeordneten Sepp Prentl gestoßen, aus Reservisten der Bundeswehr eine Polizeireserve zusammenzustellen. Innenminister Seidl verteidigte diese Pläne mit dem Hinweis, daß zu überlegen wäre, „wie ein wirksamer ‚Objektschutz' **in Spannungszeiten (!)** in Verfassung und Gesetz geregelt werden könnten". Demnach sollen etwa 250.000 Reservisten zu „Bürgerwehren" zusammengefaßt werden. Ein weiterer Schritt der Militarisierung und der offenen Aufrüstung für den Bürgerkrieg.

Die Empörung über derartige Pläne griff der SPD-Landesvorsitzende Rothemund in demagogischer Weise auf und wandte sich scheinbar gegen diese Pläne. Wenn man seine Argumentation aber genau ansieht, so hatte er eigentlich nur etwas dagegen, daß die CSU **im Alleingang** eine solche „Bürgerwehr" einführen könnte. Denn er sieht nur die Gefahr, daß eine **bayrische** Bürgerwehr dazu dienen könnte, die politischen Ziele der **„rechtskonservativen bis rechtsradikalen Kräfte"** durchzusetzen!

Neue Opfer der Terroristenhysterie

Die Studentin Karin Aalbers sowie Uwe Folkerts sind unter dem Verdacht der „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung" festgenommen worden. Nachdem sie von der bürgerlichen Presse — ähnlich wie im Falle Poensgen — als „mutmaßliche Terroristen" begeifert wurden, mußten sie am 17.10. wieder freigelassen werden. Die Vorwürfe gegen sie hatten weder Hand noch Fuß. In winzigen Zehn-Zeilen-Notizen brachten dieselben Blätter diese zweite Nachricht!

Auslieferung an Bonn

Die in Holland inhaftierten RAF-Anhänger Knut Folkerts, Gerd Schneider und Christoph Wackernagel sind jetzt an den Bonner Staat ausgeliefert worden. Für die übereilte Abschiebung nahmen die holländischen Behörden den Hungerstreik der drei Inhaftierten zum Vorwand, die genau wissen, was sie in den Gefängnissen des Bonner Staates erwartet.

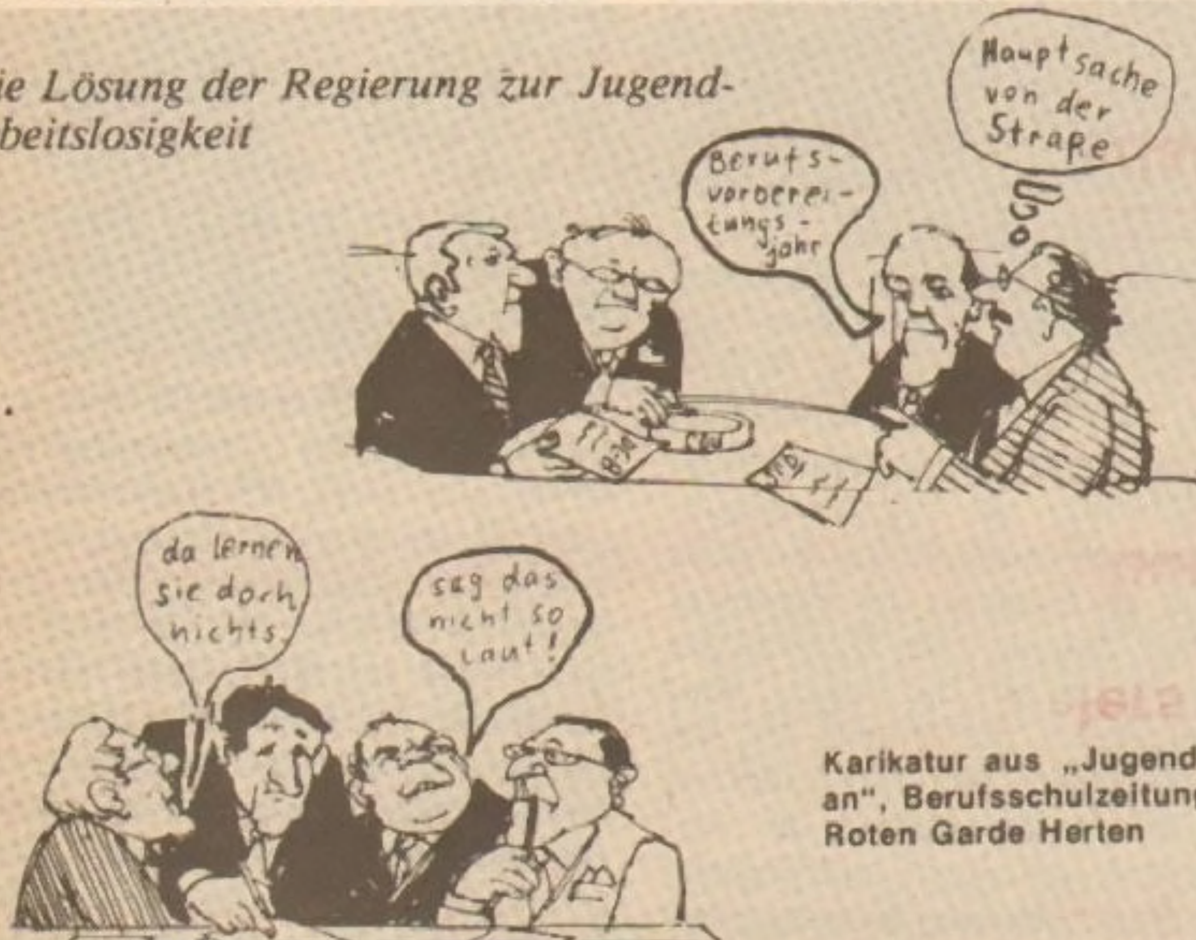
Das folgende Interview mit seinem Schüler über seine Erfahrungen im Berufsgrundschuljahr schickte uns ein Volkskorrespondent aus Herten im Ruhrgebiet.

„Erst diese Rebellen und dann die Roten!"

Volkskorrespondenz aus Herten

Du warst in der Wilhelm-Rheinländer-Schule und hast an diesem Berufsgrundschuljahr teilgenommen. Kannst du uns was über den Unterricht erzählen?

Ich wollte zunächst Elektriker werden, aber das ginge nicht, sagte man mir am Arbeitsamt. Deshalb dachte ich mir: wirst du Gärtner, da ist bestimmt noch was frei. Also kam ich in die Gärtnerklasse. Der Unterricht war stinklangweilig, theoretisch sehr hoch angesetzt. Die meisten begriffen das alles gar nicht. Einmal gab es Abwechslung, da haben wir einen Bauernhof besichtigt und die Schweine beguckt, aber was hat das mit dem Gärtnerberuf zu tun? Es gefiel uns nicht, wir haben dann gemeckert und ab und zu den Unterricht gestört.



Karikatur aus „Jugend voran", Berufsschulzeitung der Roten Garde Herten

Wie haben sich die Lehrer da verhalten?

Meist haben sie uns beschimpft oder zum Direktor geschickt, und der hat uns dann zusammengemacht.

Kannst du ein Beispiel erzählen?

Na klar, es gab ja genug. Das war im Sommer, wir hatten Deutschunterricht, es war ziemlich heiß. Es war eine unheimliche Hitze in der Klasse, und es stank von diesem Linoleumfußboden. Ein Schüler ging dann zum Fenster und machte es auf. Der Lehrer schrie: „Das Fenster bleibt zu", und schloß es. Der Schüler machte es wieder auf, der Lehrer machte es wieder zu. Beim dritten Mal schrie er in die Klasse, beschimpfte ihn und wollte ihn beim Direktor melden.

Was habt ihr dann getan?

Zunächst ließ sich der Schüler nicht einschüchtern. Er machte das Fenster wieder auf. Der Lehrer packte ihn und schleifte ihn zum Direktor. Wir haben uns dann angeguckt und waren uns einig: so geht das nicht. Mit zwölf Mann haben wir die Klasse verlassen und sind dem Lehrer nach. Wir sind dann runter zum Büro vom Direktor. „Was wollt ihr denn hier, raus!" rief der Direx, doch wir gingen rein. Der Widuwillt, so heißt der Direx, fing so langsam an zu kochen, man konnte es fast sehen, und als dann die ersten von uns riefen: „So geht das nicht, das Fenster muß auf", da drehte er durch. Er schrie dann: „Noch habe ich hier in der Schule zu sagen, und ihr müßt den Aufforderungen der Lehrer Folge leisten, wenn nicht, dann könnt ihr von der Schule verwiesen werden."

So ging das dann in einem Ton. Dann ging ich noch mal nach vorn und wiederholte unsere Forderung und sagte dazu: „Wenn die Fenster nicht aufbleiben, gehen wir alle rüber in den Berlinger." Das ist eine Kneipe. Da war er auf 190. „Ihr könnt doch nicht den Schulablauf behindern, ihr werdet schon sehen, was ihr davon habt", rief er. Ja, so ging das eine ganze Weile, und wir hatten Erfolg: die Fenster blieben auf.

Hast du mal die „Jugend voran" (Berufsschulzeitung der Roten Garde) **gelesen?**

Ja, das muß ich noch sagen: Am gleichen Tag, als die Sache mit dem Fenster passierte, wurde eure Zeitung verteilt. Wir hatten erst keine bekommen. Also sind wir wieder runter und haben uns mehrere geholt und gelesen. „Das war ja genau richtig", dachten wir uns, „was die da über die Lehrer schrieben" — Autowaschen in der Berufsschulzeit als Ausbildung, das schlug rein. Wie eine Bombe wirkte die Zeitung. Überall rannten die Lehrer umher und wollten die Zeitungen wieder einsammeln.

Vorher hatten die Lehrer eine Versammlung. Was dabei besprochen wurde, merkten wir alsbald. Sie kamen in die Klassen und wollten die Schultaschen nach der Zeitung durchsuchen. Aber bei vielen erhielten sie eine eiskalte Abfuhr. So sagte einer: „Das ist mein persönliches Eigentum." Aber das Dollste kommt noch: Wir waren ja unten beim Widuwillt wegen dem Fenster, da kommt ein Lehrer reingerannt, das Flugblatt in der Hand, und sagt: „Herr Widuwillt, die Roten verteilen diese Zettel."

Der Direx las es. Das war zuviel für ihn, so sagte er nur noch: „Erst diese Rebellen und dann die Roten. Und das an meiner Schule!" An seiner Schule!!! Wie die Wahrheit der „Jugend voran" die Lehrer und die Schulleitung traf, erfuhren viele Schüler selbst, als nachher die Lehrer in die Klassen gingen, um den Inhalt der Zeitung zu dementieren.

Was sagten denn die Lehrer?

Ja, so sagte ein Lehrer, das mit dem Autowaschen stimme gar nicht, und wenn, dann haben die Schüler Geld dafür bekommen. Wir konnten nur lachen, denn damit hatten sie es ja indirekt zugegeben.

Eines möchte ich zum Schluß noch sagen, wir hätten viel mehr erreichen können, wenn unsere kleinen Kämpfe besser organisiert gewesen wären.

Das römisch-germanische Museum in Köln

Volkskorrespondenz aus Bochum

An einem Sonntag beschließen meine Frau und ich, mal ins römisch-germanische Museum in Köln zu gehen. Wir haben schon viel Lobendes darüber gehört.

Menge und Beschaffenheit der Ausstellungsstücke sind in der Tat imponierend. Da gibt es fast zur Gänze erhaltene Mosaikfußböden und jede Menge Grabsteine, Plastiken, Juwelen, Gebrauchsgegenstände, Werkzeuge, Kannen, Töpfe, Parfümgefäße, kurz alles, dessen sich die römische Oberschicht in Deutschland erfreute oder dessen sie sich mittels Sklaven bediente. Und doch ist da ein Haken.

Erstens: Es ist ein römisches Museum. Der germanische Teil ist verschwindend klein, macht kaum zehn Prozent der Ausstellungsstücke aus. Das Wort „germanisch" im Namen des Museums ist Betrug. Was damit angestrebt wird, ergibt sich aus

Zweitens: Es wird der römische Sklavenhalterstaat propagiert und Reklame für seine Raubfeldzüge gemacht, wofür das Wort „germanisch" als Lendenschutz dienen soll. Von der Decke herab schweben einem auf schwarzen Würfeln erklärende Inschriften entgegen, zum Beispiel: „Das Militär vermißt das Land für die Ubier." Diese Ubier waren ein geschlagener, unterdrückter und aus Angst den Römern gefügiger germanischer Stamm in der Gegend von Köln. Und ausgerechnet für die vermaß das römische Militär das Land?

Überschrift über einer Vitrine: „Das Militär bringt Handel und Keramik ins Land." Seit wann braucht man dafür Militär? Außerdem gab es bei den Germanen Handel und Keramik schon vor der Besatzung der Römer. Und wieder ein Würfel: „Das Militär erschließt das Land." Richtig, es baute Straßen und Kastelle und erschloß sich den Weg zur Unterwerfung Germaniens bis hin zur Elbe.

Zum Leidwesen aller „humanistisch" gebildete Speichellecker bereiteten die Germanen unter der Führung des Arminius dieser Art „Erschließung" ein ziemlich blutiges und für den römischen Sklavenhalterstaat verheerendes Ende.

Das Museum in Köln wird ständig von Schulklassen besucht, und es ist klar, was der politische Zweck ist: durch Weißwaschen der damaligen Eroberer die heutigen zu rechtfertigen. Fortschrittliche Pädagogen sollten sich dieser Propaganda entgegenstellen und die Sache zurechtrücken.

Die Polizei machte Jagd auf Demonstranten

Volkskorrespondenz aus Hamburg



Hamburg: Polizisten schleifen rücksichtslos zwei Demonstranten davon. Über 60 Personen wurden festgenommen

Mittwoch, 18. 10., ca. 17.15 Uhr. Ich fahre mit dem Fahrrad Richtung U-Bahn Feldstraße. Auf einem großen Platz sehe ich die ersten Mannschaftswagen der Polizei. Dann — der ganze U-Bahn-Eingang ist hermetisch von behelmten Polizisten abgeriegelt. An den Straßenkreuzungen, auf den Bürgersteigen wimmelt es förmlich von ihnen. An diesem Spätnachmittag gleicht das Viertel zwischen Feldstraße und Schanzenstraße und das Karolinenviertel einem Polizeistaat. Überall sind junge Leute, Passanten und Anwohner auf den Straßen, stehen in Gruppen zusammen. Wo größere Ansammlungen sind, gehen sofort die Polizisten dazwischen. Ich fahre weiter zum Schulterblatt. Eine Fahrtrichtung ist gesperrt für Autos. Ich sehe, wie Polizisten Jagd machen auf einzelne Leute, auf Leute mit Fotoapparaten. Einem Mädchen wird der Film weggenommen. Direkt an der Kreuzung stehen ein Filmwagen der Polizei und zwei Mannschaftswagen.

Ich habe noch nicht herausgefunden, worum es bei diesem Einsatz geht. Ein Mädchen erzählt mir hastig (die Polizisten machen ständig Jagd auf Gruppen oder verfolgen einzelne bis ins angrenzende Karolinenviertel), daß die „Schwarze Hilfe" zu einer Demonstration anläßlich des ersten Jahrestages der Blutnacht von Stammheim aufgerufen hat, und das sei verboten worden.

Auf dem Rückweg sehe ich allein über zehn Mannschaftswagen der Polizei in der Nähe des U-Bahnhofes. Sicher ist, daß in den kleinen Straßen des Viertels noch mehrere im Einsatz waren. Auch einen Filmwagen des NDR habe ich gesehen. Mir ist über eine Sendung nichts bekannt. Bis auf die „Bildzeitung" (Fettüberschrift auf der ersten Seite: „Blutige Schlacht im Karolinenviertel") streift die bürgerliche Presse diesen Terror nur am Rande. Die Zahl der Verhafteten schwankt zwischen 70 und 64, darunter laut „Hamburger Morgenpost" auch viele unbeteiligte Passanten. Bis um 19.30 Uhr waren ständig die Martinshörner der Polizeiwagen zu hören.

Parteiveranstaltung

Marburg: Vortrag über den Bruch zwischen China und Albanien.
26. 10. 78, um 20 Uhr, Gaststätte Ruppersberg, Ockershausener Stiftstraße 39

Veranstaltung mit den Elbspeelers

Lübeck: 3. 11. 78, um 19 Uhr, Lindenrestaurant, Friedhofsallee 75

Auftritt des „Sprachrohrs", Hamburg

Hannover: 15. 11. 78, um 11 Uhr, Hannover-Herrenhausen, Saal des Studentenwohnheimes in der Dorotheenstraße

Veranstaltung der GFA

Hildesheim: „Die neue albanische Literatur — Leuchtfeuer des sozialistischen Realismus" (am Beispiel des Romans „Kommissar Memo" von D. Agolli).
2. 11. 78, um 20 Uhr, Haus der Jugend, Steingrube, Raum 10

Bestellen Sie Informationsmaterial der KPD /ML

○ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML

○ Ich möchte den „Roten Morgen", das Zentralorgan der KPD/ML, abonnieren

○ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen"

○ Ich möchte zu Veranstaltungen der KPD/ML eingeladen werden

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Datum: .... Unterschrift: ....

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD/ML, Wellinghofer Straße 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30**

Spendenkampagne zum 10. Jahrestag der Gründung der KPD /ML

In der letzten Woche gingen für die Spendenkampagne anläßlich des 10. Jahrestags der Gründung der KPD/ML folgende Spenden bei uns ein:

16. 10.	
O. N., Kopenhagen	10,30
Versammlung zur Landtagswahl, Frankfurt	414,00
Betriebszelle Reutlingen	215,00
W. D., Wolfsburg	10,00
Parteizelle Buxtehude	25,00
K. L., Altanssee, Österreich	30,00
17. 10.	
Kunden Buchladen Linkskurve, Essen	20,00
A. C., Ludwigshafen	30,00
18. 10.	
F. u. C. O., Oerlenbach	130,00
Betriebszelle am Altonaer Krankenhaus	2.000,00
19. 10.	
Genossen aus Heilbronn	27,00
RG-Fete Dortmund	44,14
Sektion Westberlin	331,00
LBV Baden-Württemberg	28,00
Genossen aus Stuttgart	300,00
Kollege aus Hamm	50,00
LBV Ruhr	709,00
LBV Weser-Ems	206,00
Genossen aus Bochum	10,00
D. T., Dortmund	1.000,00
Buchladen RM, Dortmund	719,66
Kunden Buchladen RM, Dortmund	84,00
insgesamt	6.393,10

Damit gingen für die Spendenkampagne anläßlich des 10. Jahrestags der Gründung der KPD/ML bisher

27.797,92 DM

an Spenden bei uns ein.
Wir danken allen Freunden und Genossen herzlich für ihre Spenden.

100.000 DM für die KPD /ML

Spendet auf die Konten der KPD/ML:

Postscheckamt Dortmund
Kto.-Nr.: 6420-467

Stadtsparkasse Dortmund
Kto.-Nr.: 321 004 547

Stichwort: 10 Jahre KPD/ML



Ein revolutionärer Seemann berichtet

Unter fremder Flagge

Kakerlaken, schlechtes Essen und schwere Arbeit auf hoher See...

Ein revolutionärer Seemann, der auf den Schiffen des deutschen Reeders Egon Oldendorff zur See fährt, schickte uns den folgenden Bericht über die unglaublichen Verhältnisse und die brutale Ausbeutung, die dort herrschen. Der Bericht ist eine scharfe Anklage gegen den skrupellosen Ausbeuter Oldendorff. Zugleich aber entwirft dieser Bericht auch ein Forderungsprogramm für die Matrosen auf ausgeflaggten Schiffen. Indem die deutschen Reeder ihre Frachtschiffe teilweise unter ausländischer Flagge bestimmer Länder (Panama, Liberia u. a.) fahren lassen, sparen sie nicht nur Steuern ein, sondern sie umgehen so auch die gesetzlich und tarifvertraglich fixierten Rechte und Ansprüche der Arbeiter und Seeleute, wie sie in der Bundesrepublik gelten und durch den Kampf der deutschen Arbeiterklasse durchgesetzt wurden.

Egon Oldendorff, genannt Egon Onassis

36 Schiffe besitzt der Reedereikapitalist Egon Oldendorff, der von den Seeleuten auch „Egon Onassis" genannt wird. Diese Schiffe sind teils Stückgutfrachter, teils Erzfrachter und zwei sind Supertanker. Alle fahren auf großer Fahrt. Nur 2 dieser 36 Schiffe fahren unter deutscher Flagge. Die anderen sind in Liberia, Singapur und Panama registriert. Wie ich gehört habe, besitzt Oldendorff außerdem zwei große Landgüter bei Bremen und eine Erzmine in Liberia. Sein lieber Sohn Klaus nennt aber ebenfalls eine Reederei sein eigen, und zwar in Hamburg. Dann hat Oldendorff noch eine Tochter namens Birte. Sie ist mit einem Reeder namens Töpfer verheiratet, der zudem als der größte Getreidehändler Europas gilt.

Juristisch gesehen besteht Egon Oldendorffs Reederei nur aus zwei Schiffen. Alle anderen Schiffe, die — — wie schon erwähnt — ausgeflaggt sind, managt Oldendorff offiziell nur als Agent. Meines Wissens wurden diese Schiffe, als sie noch unter deutscher Flagge fuhren, von Oldendorff für je einen US-Dollar „verkauft": an seine Scheinfirmen im Ausland.

Als ihm dieses Manöver immer noch nicht genug Reibach einbrachte, stieg Oldendorff vor zwei Jahren bei der Bezahlung der Heuern auf US-Dollars um. Zu dieser Zeit lag der Bankkurs bei 2,36 DM. Egon Oldendorff jedoch rechnete einfach nach einem selbsterfundenen Kurs von 2,60 DM pro Dollar. Das war nicht nur eine faktische Lohnsenkung auf kaltem Wege. Auch die Guthaben, die manche Kollegen noch bei der Reederei hatten und die teilweise mehr als 1.000 DM betrugen, wurden nun zu diesem „Kurs" eingetauscht. Auf deutsch ist das schlicht und einfach Diebstahl. Aber wer es wagte, sich gegen diese Machenschaften aufzulehnen, mit dem wußte Oldendorff schon fertigzuwerden. Das mindeste, was er zu erwarten hatte, war die sofortige fristlose Entlassung. Und ob und wann man dann überhaupt einmal etwas von seinem Geld wiedergesehen hätte — das war dann noch eine andere Frage.

Oldendorff beschäftigt ca. 1.000 Seeleute. Jeder kann sich ausmalen, was er mit seinen Methoden aus diesen Kollegen alles herausgepreßt hat. Und man muß sagen: Dieser Ausbeuter ist schlau. Denn heute ist der Dollarkurs unter die Zwei-Mark-Grenze gerutscht. Oldendorff beschäftigt im übrigen viele Kollegen aus Entwicklungsländern. Entsprechend dem sozialen Stand dieser Länder bezahlt Oldendorff diesen Kollegen wahre Hungerlöhne. Eins muß übrigens auch noch erwähnt werden: Oldendorff kassiert bei alledem auch noch Steuergelder vom Bonner Staat. Für die Schiffe, die er auf deutschen Werften bauen läßt, läßt er sich nämlich auch noch staatliche Prämien von den Herren Ministern genehmigen.

Der Streik, ein freundlicher Herr und die Rache des Reeders

Ich fahre inzwischen vier Jahre bei Oldendorff. Am 8. März 1977 musterte ich nach meinem Urlaub auf dem Motorschiff „Catherina Oldendorff" wieder an. Das war in Triest (Italien). Das Schiff läuft unter Singapur-Flagge. Wir fuhren nach Frankreich, und als es dann nach England weitergehen sollte, ließ Oldendorff plötzlich fast die ganze Crew (Mannschaft) auswechseln. Das war — wie sich bald darauf erwies — ein schlauer Schachzug von dem alten Fuchs. Die gewechselte Crew kam auf das MS „Christoffer Oldendorff". Wir aber fuhren auf der „Catherina" weiter. Zuerst nach Londen, dann nach Hamburg und schließlich nach Middlesbrought in Cleveland. Und hier trat nun — Oldendorff hatte es offenbar im voraus gewußt — die ITF auf den Plan (ITF: Internationale Transportarbeitervereinigung). Es wurde beschlossen, in den Streik zu treten.



Die Schleusentore wurden so lange nicht mehr geöffnet, bis Oldendorff sich verpflichtete, der Crew ihr Geld nach den geltenden ITF-Tarifen zu bezahlen und zudem rückwirkend die Differenz zwischen der alten und neuen Heuer nachzuzahlen. Die Nachzahlung gab es allerdings erst von dem Zeitpunkt an, da man auf der „Catherina" angefangen hatte. Und weil sich ja die ganze Mannschaft erst seit kurzem an Bord befand, bekam eben keiner besonders viel. Die Kollegen, die schon zwei Jahre auf der „Catherina" Tag für Tag hart gearbeitet hatten, arbeiteten ja nun auf der „Christoffer". Ich, der ich noch mit am längsten an Bord war, bekam ganze 4.000 DM. Ein Almosen, wenn man bedenkt, was Oldendorff uns im Laufe der Jahre an Heuer vorenthalten hat und was er zudem noch durch das Ausflaggen an Steuern einspart. Aber selbst damit wollte Oldendorff sich nicht abfinden. Er sann auf Rache.

Wir liefen aus, fuhren durch den Suezkanal und dann nach Bushier im Persischen Golf. Und nun schlug der Reeder zu. Ein freundlicher Herr von der Personalabteilung traf aus Lübeck ein. Er stellte uns ein Ultimatum: „Entweder das nachgezahlte Geld wird zurückerstattet, oder ihr werdet fristlos entlassen." Die meisten Kollegen hatten nur so um die 300 DM erhalten, und sie fügten sich. Mit mir zusammen weigerten sich jedoch noch drei Kollegen, der Erpressung nachzugeben. Die drei wurden sofort entlassen und ins Flugzeug gesteckt. Mich ließen die persischen Behörden aus irgendeinem Grund gar nicht einreisen. So blieb ich bis Livorno in Italien an Bord, wo bereits meine Ablösung wartete. Ich besorgte mir dort einen Rechtsanwalt. Jetzt schaltete Egon schnell. Sofort mußte ich meine Koffer packen und wurde auf das unter deutscher Flagge laufende MS „Bernhard Oldendorff" versetzt. Dagegen half auch kein Rechtsanwalt, denn laut Vertrag bin ich an alle Oldendorff-Schiffe gebunden. .

In Hamburg in der Werft erschien wieder der freundliche Herr und eröffnete mir, man werde mir einen Zahlungsbefehl schicken, oder aber ich lasse mir monatlich 400 DM von der Heuer abziehen. Ich ließ mich darauf ein, unterschrieb eine Erklärung, schwor aber Rache. Hätte ich das damals nicht getan — ich könnte wohl heute nicht mehr gegen Oldendorff und für unsere Kollegen kämpfen. Übrigens, was die „Catherina Oldendorff" betrifft: Trotz der neuen ITF-Tarife bezahlt Oldendorff jetzt nicht besser als vor dem Streik. Zwar ist die Heuer jetzt auf dem Papier höher. Aber Oldendorff berechnet einfach viel weniger Überstunden, obwohl genauso lange gearbeitet werden muß wie zuvor.

Was die ITF betrifft, auf die wir alle sehr viel gesetzt hatten: Sie ließ sich bei uns nicht mehr blicken. Als der 3. Ingenieur erkrankte und sich einer Operation unterziehen mußte — wir waren gerade in Südamerika — weigerte sich der Alte, ihm ein Flugticket nach Europa zur Verfügung zu stellen. Er kaufte sich nun das Ticket selbst, rief aber in Stuttgart bei der Zentrale der ITF an. Dort erklärte man ihm jedoch, was er überhaupt wolle, man könne nichts für ihn tun. Das war für uns alle ein Schlag wie mit dem Hammer.

Wir klagen an!

1) Auf dem Schiff befindet sich eine Unmenge von Ungeziefer. Knipst man abends das Licht in der Kombüse oder Messe an, sieht man Tausende von Kakerlaken sich tummeln. Der Koch verbringt jeden Tag 30 Minuten damit, Insekten herauszufischen, die ins Essen gefallen sind. **Deshalb fordern wir, daß das ganze Schiff von Fachleuten ausgegast wird und daß eine Garantie für eine zweijährige Insektenbefreiung gegeben wird.**

2) Arztbesuche sind so gut wie verboten. Es gibt keine richtige ärztliche Behandlung. Zum Beispiel waren auf unserem Schiff zwei Kollegen mit Tuberkulose. Man gab ihnen lediglich Pillen, weil die Krankheit noch nicht fortgeschritten war. Das Krankengeld wird längstens neun Monate bezahlt. Es beträgt lediglich ein Drittel der Grundheuer. **Wir fordern eine bessere Krankenversicherung. Es muß die volle Heuer mit Überstunden weitergezahlt werden! Das Krankengeld muß so lange bezahlt werden, bis der Kranke völlig gesund ist. Volle Bezahlung von Krankenhausaufenthalten und der Medikamente! Das gilt auch für den Urlaub.** Im Urlaub sind wir nur beim lieben Gott versichert.

3) Der Reeder kauft größtenteils Proviant aus alten Militärbeständen. Auch die Fleischrationen werden teilweise gekürzt. Viele Kollegen leiden wegen der schlechten Qualität der Ernährung an Übergewicht und zu hohem Blutdruck. Das Essen aber ist die einzige Abwechslung, die der Seemann auf den langen Reisen hat. **Deshalb müssen in der Kombüse ein gelernter Koch und ein Bäcker mitfahren. Wir fordern gesunde Ernährung mit viel Frischobst und frischen Salaten und besseren Fleischrationen.**

4) Es gibt bei uns Kollegen, die nicht mehr als 250 Dollar im Monat bekommen. Diese Kollegen müssen es sich manchmal überlegen, ob sie in der Kantine eine Kiste Cola kaufen können, weil sie eine große Familie zu ernähren haben. Dazu noch sinkt unser Lohn dadurch, daß der Dollar laufend fällt. Das Urlaubsgeld beträgt nur eine Monatsgrundheuer im Jahr. Meist muß man sich bei der Anmusterung für ein Jahr verpflichten. Bei früherer Abmusterung werden einem dann gleich die entstehenden Kosten für die Beschaffung eines Ersatzmannes und das Urlaubsgeld abgezogen. Lehnen wir uns dagegen auf, hält man uns ein liberisches Gesetzbuch unter die Nase. Deshalb fordern wir: **Sofortige Zurückflaggung sämtlicher Schiffe nach Deutschland, auf jeden Fall aber Bezahlung in DM nach deutschen Tarifen! Einheitliche Rentenversicherung bei der Seeberufsgenossenschaft in Hamburg (Rentenversicherung wird bei uns zur Zeit nicht bezahlt). Krankenversicherung, Urlaubsgeld, Einhaltung der Arbeitslosenversicherung, Kündigungsschutz usw. nach den deutschen Tarifen und Gesetzen! Eine Garantie, daß man nach Beendigung des Urlaubs wieder anfangen kann!**



6) Bei uns ist es üblich, daß einem Strafgelder abgezogen werden, wenn man „gegen die guten Sitten verstößt". Ein Kollege, der einmal fünf Tage lang bei seiner Verlobten blieb, nachdem er bereits drei Jahre ununterbrochen an Bord war, erhielt gleich 50 Dollar Strafe abgezogen. Zudem wurden ihm 57 gearbeitete Überstunden abgezogen. Und dem nicht genug wurden dann noch der ganzen Maschinen-Crew sämtliche Überstunden bis auf 100 gestrichen. **Sofortige Abschaffung der Geldstrafen auf den Schiffen!**

7) Um die Mannschaft ständig im Tran zu halten, wird der Alkoholismus systematisch gefördert. Alkoholische Getränke werden in großen Mengen und zu niedrigen Preisen zollfrei ausgegeben. Eine nüchterne Mannschaft könnte ja für die Reederei zu gefährlich werden! Zugleich ist der Alkoholrausch immer ein guter Vorwand für die Entlassung kämpferischer Kollegen. **Wir fordern, daß die Seeberufsgenossenschaft konsequent gegen den Alkoholismus vorgeht. Es sollten genügend Freizeiträume und Beschäftigungsmöglichkeiten an Bord sein und nicht ständig „Partys" veranstaltet werden. Kollegen, die an Trunksucht erkrankt sind, müssen nach Hause gebracht und fachärztlich behandelt werden, und wenn sie gesund sien, müssen sie wieder an ihrer alten Stelle arbeiten können.**

8) Die Elektroanlagen auf unserem Schiff sind alt und teilweise völlig brüchig. Kurzschlüsse sind an der Tagesordnung. Kürzlich bemerkte ich, daß unter der Herdplatte alles glühte! **Sofortige Erneuerung der gesamten Elektroanlagen! Einhaltung der Sicherheitsvorschriften!**

Kampf gegen die Willkür der Reederei-kapitalisten

Soweit der Bericht eines revolutionären Seemanns. Er zeigt, wie wichtig es für die Seeleute ist, daß sie sich revolutionär-gewerkschaftlich zusammenschließen. Denn die Willkür der Reedereibosse wird von den Gewerkschaftsführern der ITF und ÖTV nicht ernsthaft bekämpft. Die Aktionen, die die Bonzen hin und wieder organisieren, führen nur zu kurzfristigen Verbesserungen, die von Oldendorff und Konsorten dann wieder zunichte gemacht werden. Es ist unsere Pflicht, den Seeleuten zu helfen, sich zu organisieren. Wir müssen uns mit ihrem schweren Kampf gegen das verbrecherische Vorgehen der Reeder und für die Durchsetzung ihrer Rechte tatkräftig solidarisieren.

Portugal: Neue Angriffe gegen die Agrarreform

In der vergangenen Woche hat die portugiesische Regierung ihren Feldzug gegen die landwirtschaftlichen Kooperativen im Alentejo-Gebiet wieder aufgenommen. Sie will die Rückgabe der Güter, die seit dem Sturz des faschistischen Regimes von den Landarbeitern selbst bewirtschaftet werden, an die ehemaligen Gutsbesitzer erzwingen. Mehrere Kooperativen wurden von den paramilitärischen Republikanischen Garden gestürmt. Die Landarbeiter reagierten auf diese Angriffe mit heftigem Widerstand. Teilweise mußten sich die Regierungstruppen wieder zurückziehen. Bei den heftigen Kämpfen gab es in der vergangenen Woche mindestens 70 Verletzte.

Italien: Streik des Krankenhauspersonals

Das italienische Gesundheitswesen ist gegenwärtig von einer breiten Streikwelle erfaßt. Der unmittelbare Anlaß ist ein schändlicher Tarifvertrag, den die revisionistischen und sozialdemokratischen Gewerkschaftsbonzen mit der Regierung und den Regionalbehörden ausgehandelt haben. Dieser Vertrag sieht nur äußerst geringe Lohnerhöhungen vor und erfüllt keine der Forderungen zur Verbesserung des Gesundheitswesens, die von den Kollegen schon seit langem gestellt werden.

Eine Pflegerin, die pro Monat achtmal Nachtdienst macht, verdient ganze 800 Mark. Der Lohn für eine Überstunde beträgt umgerechnet noch nicht einmal eine Mark. Und Überstunden fallen immer häufiger an. Denn die Personalverhältnisse in den italienischen Krankenhäusern sind noch katastrophaler als in anderen kapitalistischen Ländern. So kommen etwa in den USA auf einen Krankenhausarzt acht spezialisierte Hilfskräfte, in Italien nur 0,79.

Der Kampf der Schwestern und Pfleger, die nicht nur höhere Löhne, sondern auch eine Verbesserung der unerträglichen Bedingungen im Gesundheitswesen fordern, ist also völlig berechtigt und liegt auch im Interesse der werktätigen Patienten. Um so unverschämter sind die Hetztiraden der Regierung und der reaktionären Gewerkschaftsbonzen, die den Streikenden vorwerfen, mit dem Leben der Patienten zu spielen.

Kapverdische Inseln: Moskau will Militärstützpunkte errichten

Wie berichtet wird, bedrängen die Kremlherren die Regierung der vor der afrikanischen Küste liegenden Kapverdischen Inseln, ihnen die Errichtung von Marine- und Luftstützpunkten zu gewähren. Schon jetzt benutzen sie die Inseln bei Zwischenlandungen im Transport von kubanischen Söldnern nach Angola.

USA: Streikverbot für Eisenbahner

Mit Hilfe der Klassenjustiz will Washington jetzt den Streik der Eisenbahner brechen, der zur Stillegung fast aller Linien geführt hatte. Ein Bundesrichter erklärte für die Dauer von vierzig Tagen alle Streikaktionen für illegal.

Niederlande: Massendemonstration gegen Haushaltsplan



Am vorletzten Sonnabend gingen in Amsterdam 300.000 Werktätige auf die Straße. Sie demonstrierten unter der Parole „Haushaltsplan 81 — schlecht für Amsterdam" gegen den im neuen Haushalt der Regierung geplanten Abbau der sozialen Leistungen.

Iran: Generalstreik

Im Iran wurde am vergangenen Montag ein nationaler Trauertag für die während der Septembermassaker vom Regime ermordeten Werktätigen und damit verbunden ein eintägiger Generalstreik durchgeführt. In zahlreichen Städten kam es zu Kämpfen zwischen Demonstranten und den bewaffneten Organen des faschistischen Regimes. Mindestens elf Menschen wurden dabei erschossen.

In einigen Bereichen hielten die Streikkämpfe die ganze Woche über an. So bei der Post und bei den Zollangestellten. Im Laufe der Woche schlossen sich auch die 5.000 Arbeiter der Ölraffinerie von Abadan der Streikbewegung an.

Japan: Proteste gegen Atomschiff

Mehrere tausend Werktätige protestierten im Hafen von Sasebo bei Nagasaki gegen das Einlaufen des Atomschiffes „Mutsu". Vor allem die Fischer wehren sich gegen eine mögliche radioaktive Verseuchung ihrer Fischgründe bei einem Unfall des Schiffes. Daß diese Befürchtungen berechtigt sind, hat sich schon erwiesen. Vor vier Jahren gab es ein Leck im Reaktor der „Mutsu". Glücklicherweise ereignete sich der Unfall auf hoher See. Eine große Anzahl von Fischerbooten versuchte jetzt das Einlaufen der „Mutsu" nach Sasebo zu verhindern. Dabei wurden drei Boote brutal gerammt und in den Grund gebohrt.

China: Deutsche Waffen für Peking

Raketen im Werte von 700 Millionen Dollar haben die chinesischen Revisionisten bestellt. Es handelt sich dabei um die Systeme „Hot" und „Milan", mit denen auch die Bundeswehr ausgerüstet ist. Die Raketen werden in westdeutschen Waffenschmieden unter französischer Beteiligung produziert. Die Pekinger Revisionisten wickelten ihr Waffengeschäft über die französische Regierung ab. Wie berichtet wird, sollen sie auch am Kauf von 50 Kampfflugzeugen des Typs Mirage F-1 interessiert sein.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE		
	1. Programm		
13.00-13.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
14.30-15.00	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
16.00-16.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
18.00-18.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
19.00-19.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	2. Programm		
19.00-19.30	1394 kHz	215 m	MW
21.30-22.00	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	206 m	MW
23.00-23.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	206 m	MW
06.00-06.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW



Genscher und Co. bei den südafrikanischen Rassisten

Kuhhandel gegen die Freiheit Namibias

In der vergangenen Woche reisten der Bonner Außenminister Genscher und seine Amtskollegen aus den USA, aus Frankreich, Britannien und Kanada zu den südafrikanischen Rassisten. Die Herren selbst erklärten zum Zweck ihrer Reise den Kampf für die Freiheit und Unabhängigkeit Namibias. Dieses Land im Südwesten Afrikas, eine ehemalige Kolonie des deutschen Imperialismus, steht unter der militärischen Besatzung der südafrikanischen Rassisten.

Die selbsternannten Befreier Namibias führten sich gleich mit einer gemeinsamen, gegen den Kampf der namibischen Patrioten gerichteten Erklärung ein, daß sie jede Anwendung von Gewalt strikt ablehnen würden. Eine unverhohlene Aufforderung an das Volk, den bewaffneten Kampf gegen die Besatzer einzustellen. Nachdem sie diese grundsätzliche Position einmal klargestellt hatten, wandten sie sich den freundschaftlichen Verhandlungen mit den Rassisten zu. Worum ging es dabei im Einzelnen?

Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand die Frage der Wahlen in Namibia. Unter dem Druck des bewaffneten Kampfes und der weltweiten Solidarität mit dem namibischen Volk hatten sich die südafrikanischen Besatzer vor einiger Zeit entschlossen, in ihrer Kolonie eine Wahlfarce durchzuführen und in Namibia eine Marionettenregierung einzusetzen, die dem Land den Schein der Unabhängigkeit verleihen sollte. Aber diese Farce war zu plump eingefädelt. So machten etwa die Rassisten nie einen Hehl daraus, daß die patriotischen Kräfte, die tatsächlich den Willen des Volkes repräsentierten, von diesen Wahlen ausgeschlossen bleiben sollten.

Weiterhin sollten die Wahlen, damit auch alles nach Wunsch der Rassisten verlaufen würde, unter den Bajonetten von 50.000 Besatzersoldaten durchgeführt werden. Ein Termin ist auch schon festgesetzt: Noch in diesem Dezember soll die Wahlfarce über die Bühne gehen. Schon jetzt müssen sich die Angehörigen des namibischen Volkes für die Wahlen registrieren lassen. Und wer nicht will, der wird eben gezwungen. Denen, die sich nicht für das Wahlmanöver registrieren lassen wollen, wird zum Beispiel mit der Streichung der Altersversorgung gedroht.

All das hat auf dem ganzen afrikanischen Kontinent breite Empörung hervorgerufen. Für die namibischen Patrioten war es ein Anlaß, ihren bewaffneten Kampf gegen die Besatzer zu verstärken. Auch die anderen afrikanischen Völker forderten immer entschiedener die Verschärfung des Kampfes gegen die südafrikanischen Rassisten und ihre Hintermänner. Diese Hintermänner sind aber genau die imperialistischen Staaten, deren Vertreter jetzt nach Südafrika reisten und sich dort als Befreier Namibias aufspielten. Sie sind es auch, die dem rassistischen Regime die Waffen liefern, mit denen schon Tausende von schwarzen Werktätigen hingemordet wurden.

Um sich nicht vollständig vor den Völkern Afrikas zu isolieren, treten sie demagogisch gegen die Wahlfarce auf. Sie haben sogar einen eigenen Plan ausgearbeitet, über den sie jetzt mit den Rassisten verhandelten. Dieser Plan sieht vor, daß nicht im Dezember, sondern erst im nächsten Jahr gewählt wird. Außerdem sollen nach dem bewährten Beispiel aus dem Nahen Osten UNO-Truppen in Namibia stationiert werden und dort die Wahl überwachen. Aber der eine Plan ist genauso faul wie der andere.

Denn auch die westlichen Imperialisten wollen eine Wahl unter den Bajonetten der Besatzertruppen. Ja, die UNO-Einheiten sollen sogar offiziell die Polizei der Rassisten in Namibia unterstützen. Der einzige Unterschied zwischen den beiden Plänen ist der, daß die westlichen Imperialisten nicht von vornherein die patriotischen Kräfte von der Wahl ausschließen wollen. Sie machen sich vielmehr Hoffnungen darauf, Teile dieser Kräfte auf ihre Seite zu ziehen. Die Bedingungen, die sie stellen, ist die Aufgabe des bewaffneten Kampfes. Wer darauf eingeht, soll nach dem Willen der Herren aus Washington, Bonn usw. am großen Wahlschwindel mitmachen dürfen.

Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, daß die fünf Außenminister und ihre südafrikanischen Gesprächspartner in der vergangenen Woche schnell zu einer Einigung kamen. Es wird einfach zweimal gewählt. Im Dezember werden, wie geplant, die Rassisten in eigener Regie ihre Terrorwahl durchziehen. Im nächsten Jahr werden dann die UNO-Truppen anrücken, und man wird das ganze noch einmal wiederholen. Über alles Nähere soll sich ein UNO-Vertreter in vertraulichen Gesprächen mit dem Chef der Besatzer in Namibia einigen. Genscher, nach Bonn zurückgekehrt, pries dieses Verhandlungsergebnis in den höchsten Tönen an. Der Rassist Dirk Mudge, vom südafrikanischen Regime als sein neuer Statthalter in Namibia ausersehen, war der gleichen Meinung: „Wir haben unsere Dezemberwahlen, und das ist für uns das wichtigste."

Das namibische Volk jedoch wird auf diesen Kuhhandel, den die Imperialisten und Rassisten mit seinen nationalen Interessen treiben, mit dem gerechten Kampf für eine wirkliche Unabhängigkeit antworten.



…n Toren des VW-Werks in Westmoreland halten Streikposten Tag und Nacht Wache

Nach dem Streik neuer Tarifvertrag

Eine Woche lang standen die 2.000 Arbeiter im US-Werk des VW-Konzerns im Streik. Sie kämpften gegen einen Tarifvertrag, den die VW-Bosse mit den reaktionären Bonzen der Gewerkschaft UAW ausgehandelt hatten. Danach sollten sie einen Stundenlohn bekommen, der um 3 Dollar niedriger liegt als der vergleichbare Lohn in den großen amerikanischen Autokonzernen. Durch die machtvolle Kampfaktion wurden Bosse und Bonzen gezwungen, den Schandvertrag zurückzunehmen. Über den neuen Abschluß, der inzwischen ausgehandelt wurde, lagen bei Redaktionsschluß noch keine Angaben vor.

In der vergangenen Woche haben die VW-Bosse einen unverschämten Propagandafeldzug gegen die Arbeiter von New Stanton in Gang gesetzt. Da ist von einer „kleinen Gruppe von Querulanten" die Rede, die den Streik vom Zaun gebrochen hätte. Da heißt es, die Masse der Arbeiter hätte sich gar nicht an dem Kampf beteiligen wollen und wäre „mit Messern und Pistolen" zum Streiken gezwungen worden. Mit solchen dreisten Lügen wollen die Herren vertuschen, daß es für den Streik der vorletzten Woche wie für die anderen Kampfaktionen in New Stanton nur eine Ursache gibt: die unverschämte Lohndrückerei und das Terrorregime der Bosse im Betrieb. Hier nur einige Beispiele dafür:

- Ein Sicherheitsbeauftragter bemängelt die Schutzvorrichtungen im Karosseriewerk. Er wird sofort gefeuert. Elf Arbeiter, die sich ebenfalls beschwert haben, werden suspendiert. Das ist eine besonders teuflische Strafe, die sich die VW-Bosse für Kollegen ausgedacht haben, die nicht nach ihrer Pfeife tanzen wollen. Eine solche Suspension bedeutet, daß die betroffenen Arbeiter für eine bestimmte Zeit ausgesperrt werden, ohne Lohn natürlich.
- Ein Gabelstaplerfahrer verursacht einen Unfall, bei dem er verletzt und ein Autodach verbeult wird. Auch er wird fristlos gefeuert. Erst eine Streikdrohung von hundert Kollegen erzwingt seine Wiedereinstellung.
- An einem Band beginnt die Alarmsirene zu heulen, ist wegen eines Defekts nicht wieder abzustellen. Ein Kollege weigert sich, bei diesem entnervenden Lärm zu arbeiten. Der Vorarbeiter droht ihm mit Rausschmiß. Ein anderer Kollege will den Streit schlichten. Die Reaktion der Bosse auf diesen Vorfall: Der erste Arbeiter wird gefeuert, der zweite für eine Woche suspendiert. Jetzt reicht es den Kollegen. Sie treten spontan in einen zweitägigen Streik, bis die Maßnahmen gegen ihre beiden Kollegen wieder zurückgenommen werden.

Diese Beispiele zeigen, mit welchen brutalen Methoden die Wolfsburger Herren in ihrem amerikanischen Werk die Ausbeutung der Arbeiter vorantreiben. Von irgendwelchen Protesten der „Arbeitnehmervertreter" im Aufsichtsrat des Konzerns, allen voran IGM-Chef Loderer, ist nichts bekannt.



Wissenschaftliche Tagung in Tirana über Probleme der heutigen Weltentwicklung

„Die Revolution — eine Frage, die zur Lösung ansteht"

Vom 2. bis 4. Oktober fand in Tirana eine wissenschaftliche Tagung über Probleme der heutigen Weltentwicklung statt. Die Tagung wurde vom Institut für marxistisch-leninistische Studien beim Zentralkomitee der Partei der Arbeit Albaniens organisiert. Sie stieß nicht nur in der Sozialistischen Volksrepublik auf größtes Interesse, sondern wurde von den Marxisten-Leninisten in der ganzen Welt vor allem im Hinblick auf die scharfe Auseinandersetzung mit dem chinesischen Revisionismus mit Spannung erwartet. Auf Einladung der albanischen Genossen waren auch Vertreter ausländischer marxistisch-leninistischer Parteien bei der Tagung anwesend. Als Vertreter unserer Partei nahm Genosse Horst-Dieter Koch an der Tagung teil. Im folgenden Artikel faßt Genosse Horst-Dieter Koch einige seiner Eindrücke von der Tagung zusammen.

Vier Hauptreferate, 33 weitere Vorträge sowie die Referate und Grußansprachen der anwesenden Vertreter der Bruderparteien — das war wirklich eine umfangreiche Tagesordnung für diese dreitätige Konferenz. Dieses Pensum konnte nur dadurch bewältigt werden, daß ein Teil der Themen in einer parallel laufenden Sitzung behandelt wurde. Die umfassende und gedrängte Tagesordnung war natürlich diktiert von der komplizierten Situation, die in der kommunistischen Weltbewegung mit dem offenen Auftreten des chinesischen Revisionismus entstanden ist.

Die Frage der Revolution und der revolutionären Gewalt trennt die Marxisten-Leninisten von den Revisionisten

Genosse Ramiz Alia, Mitglied des Politbüros und Sekretär des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens hielt das erste Referat der Tagung mit dem Titel: „Die Revolution — eine Frage, die zur Lösung ansteht." Dieser Titel bezieht sich auf eine Passage des Berichts, den Genosse Enver Hoxha auf dem VII. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens gehalten hat. Damals sagte Genosse Enver Hoxha: **„Die Welt befindet sich in einer Phase, in der die Sache der Revolution und der nationalen Befreiung der Völker nicht nur ein Ideal und eine Perspektive ist, sondern auch ein Problem, das zur Lösung ansteht."** (S. 163)

Diese These des Genossen Enver Hoxha kann in gewisser Weise als das Leitmotiv der Tagung in Tirana angesehen werden. Denn es ist die Verteidigung der Notwendigkeit und der Möglichkeit der gewaltsamen Revolution, durch die sich die Marxisten-Leninisten vor allem von den Revisionisten und Opportunisten aller Schattierungen unterscheiden. Genosse Ramiz Alia formulierte es in seinem Referat so:

„Der Kampf zwischen den Marxisten-Leninisten einerseits und den bürgerlichen Ideologen und verschiedenen Opportunisten andererseits konzentriert sich heute wie in der Vergangenheit auf das Schlüsselproblem: ist die Revolution zur Umwandlung der Gesellschaft notwendig oder nicht, bestehen die Bedingungen zur Revolution und deren Sieg oder nicht, ist die Anwendung der revolutionären Gewalt unbedingt notwendig oder kann die Umwandlung auch auf parlamentarischem, reformistischem Weg erreicht werden? Die Haltung zu diesem für das Proletariat und alle Ausgebeuteten und Unterdrückten lebenswichtigen Problem ist auch weiterhin eine Demarkationslinie zwischen den Marxisten-Leninisten auf der einen Seite und den Opportunisten und Revisionisten aller Schattierungen auf der anderen Seite."

Heute existiert eine Vielzahl revisionistischer Strömungen: der alte sozialdemokratische Revisionismus und die verschiedenen Varianten des modernen Revisionismus (um die wichtigsten zu nennen: Titoismus, der sowjetische Revisionismus, der sogenannte Eurokommunismus und der chinesische Revisionismus). Diese Vielzahl revisionistischer Strömungen, die sich alle kommunistisch nennen, hat zweifellos zu einer erheblichen ideologischen Verwirrung unter den Massen geführt und das Vertrauen in die Kraft und Geschlossenheit des Weltkommunismus geschwächt.

Gerade deshalb ist es notwendig, die Frage der Verteidigung der Notwendigkeit und der Möglichkeit der gewaltsamen Revolution und der Diktatur des Proletariats in den Mittelpunkt zu stellen. Denn in dieser Schlüsselfrage ist es für die werktätigen Massen relativ leicht, die Marxisten-Leninisten von den Revisionisten zu unterscheiden und zu erkennen, daß alle revisionistischen Strömungen trotz der Streitigkeiten und Rivalitäten, die zwischen ihnen bestehen und die sich verschärfen, letztlich in **einen** Topf gehören, der das Etikett trägt: Feinde der Revolution und der Diktatur des Proletariats.

Entscheidend ist nicht die revolutionäre Phrase, sondern das revolutionäre Handeln

Aus dem bereits angeführten Zitat des Genossen Enver Hoxha und dem Titel, den Genosse Ramiz Alia seinem wichtigen Grundsatzreferat gegeben hat, ergibt sich noch eine weitere Schlußfolgerung, die den Charakter der Tagung ganz wesentlich geprägt hat.

Was bedeutet es zu sagen, daß die Revolution ein Problem ist, das zur **Lösung** ansteht und **nicht nur** ein Ideal und eine Perspektive ist?

Wir haben in den letzten Jahren erlebt, wie auch die chinesischen Revisionisten viel von Revolution geredet haben und nahezu keine Gelegenheit ausließen, um zu versichern, die diesbezügliche Lage in der Welt sei glänzend. Gleichzeitig haben sie die Möglichkeit der revolutionären Entwicklung vollständig geleugnet, vor allem in den imperialistischen Ländern. Die Politik der kommunistischen Partei in unserem Land wie in den anderen imperialistischen Ländern soll nach ihrem Willen nicht darauf ausgerichtet sein, die Frage der Revolution zu lösen, sondern im Gegenteil: die Politik der kommunistischen Partei soll die Frage des Bündnisses mit der eigenen imperialistischen Bourgeoisie und dem USA-Imperialismus gegen den sowjetischen Sozialimperialismus lösen. Gewiß haben die chinesischen Revisionisten auch heute noch nicht aufgehört, dann und wann von der Revolution zu reden. Aber sie haben die Revolution zu einer Frage gemacht, die in den Sternen steht und die auf die Politik der kommunistischen Partei keinen Einfluß hat. Die Phrasen von der Revolution sind so zu einem Deckmantel für ihre konterrevolutionäre Politik auf allen Gebieten geworden.

Die bolschewistische Partei und die proletarischen Revolutionäre zeichnen sich keineswegs dadurch aus, daß sie täglich und stündlich die Revolution als ein abstraktes Ideal und als eine Perspektive, die von der Entwicklung der Klassenkämpfe im eigenen Land und im Weltmaßstab isoliert ist, verkünden. Die bolschewistische Partei und die wirklichen Kommunisten zeichnen sich im Gegenteil gerade dadurch aus, daß sie es verstehen, auch in nichtrevolutionären Situationen **revolutionär zu handeln**, eine solche Politik und Taktik zu verfolgen, die darauf ausgerichtet ist, die Entwicklung einer revolutionären Situation zu beschleunigen, alle Bewegungen, die sich gegen die herrschende Klasse richten, zu nützen, um die revolutionären Kräfte zu sammeln, in den täglichen Klassenkämpfen den Einfluß und die Manövriermöglichkeiten der Agenturen der Bourgeoisie ständig weiter einzuengen usw. Nur eine solche Politik betrachtet die Revolution als eine Frage, die es zu lösen gilt. **Die bloße Verkündung der Revolution als ein Ideal und eine Perspektive, die nicht mit einer revolutionären Politik und Taktik verbunden ist, führt zu einer passiven Haltung, die darin besteht, auf die Revolution zu warten wie auf den jüngsten Tag.**

Deshalb beschränkte sich die Tagung in Tirana keineswegs auf eine allgemeine Verteidigung der Prinzipien des Marxismus-Leninismus, sondern beschäftigte sich auch eingehend mit konkreten Fragen des Kampfes der marxistisch-leninistischen Parteien und mit wichtigen taktischen Fragen wie der Arbeit unter den Massen, der Notwendigkeit der Schaffung breiter Massenorganisationen, der Gewerkschaftsarbeit, der Arbeit unter der Jugend usw. Vor allem im Referat des Genossen Agim Popa „Die marxistisch-leninistischen Parteien — führende Kraft der heutigen revolutionären Bewegung" wurden die Aufgaben der marxistisch-leninistischen Parteien und die auftretenden Fehler und Abweichungen unserer Ansicht nach klar benannt.

Der chinesische Revisionismus und die Mao-Tse-tung-Ideen

Zweifellos hat vor allem der chinesische Revisionismus — die Erfahrung unserer Partei bestätigt das voll und ganz — in diesen Fragen eine beträchtliche Verwirrung gestiftet und einen sehr schädlichen Einfluß innerhalb der kommunistischen Weltbewegung ausgeübt.

Das zu erkennen, ist dringend notwendig. Der Kampf gegen den chinesischen Revisionismus kann sich keineswegs auf die bloße Zurückweisung der sogenannten Theorie der drei Welten beschränken. Der chinesische Revisionismus hat sich nicht erst mit dem Putsch der Clique um Hua Guo-feng und Deng Hsiao-ping oder seitdem die sogenannte Theorie der drei Welten propagiert wird, entwickelt. Der chinesische Revisionismus ist, wie Genossin Fiqiret Shehu in ihrem Referat erklärte, „zwar erst vor kurzem **offen** aufgetreten, jedoch eine antimarxistische Strömung **mit tiefen Wurzeln**." (Hervorhebungen von uns)

Genosse Ramiz Alia stellte in seinem Referat, nachdem er dargelegt hatte, daß alle anderen Spielarten des modernen Revisionismus ihre Abkehr vom Leninismus zu tarnen versuchen, folgende These auf: **„Die chinesische Version des modernen Revisionismus geht im Kampf gegen den Leninismus weiter als alle Revisionisten vor ihr, indem sie ihm die sogenannten Mao-Tse-tung-Ideen und deren Produkt, die ‚Theorie der drei Welten', die eine vollständige Verneinung der Revolution bedeuten, entgegenstellt."**

Die Mao Tse-tung-Ideen sind die ideologische Grundlage des chinesischen Revisionismus und die sogenannte „Theorie der drei Welten" ist das klarste, ganz offen konterrevolutionäre Produkt der Mao Tse-tung-Ideen — diese These wurde in verschiedenen Referaten der albanischen Genossen mit unserer Ansicht nach großen Überzeugungskraft vertreten. Auch die spanischen Genossen brachten in ihrem Beitrag auf der Tagung die Überzeugung zum Ausdruck, daß die „Theorie der drei Welten" keineswegs von den sogenannten Mao-Tse-tung-Ideen getrennt werden könnten.

Seit geraumer Zeit diskutiert auch unsere Partei die Rolle und das Werk Mao Tse-tungs. Die Entscheidung unseres Zentralkomitees, Mao Tse-tung nicht mehr als Klassiker des Marxismus-Leninismus zu propagieren und der Artikel im theoretischen Organ „Weg der Partei" 4/78 waren erklärtermaßen nur Zwischenergebnis und nicht Abschluß dieser Diskussion. Auch die Diskussion in unserer Partei hat ergeben, daß zwischen der konterrevolutionären „Theorie der drei Welten" und den sogenannten Mao-Tse-tung-Ideen keine chinesische Mauer besteht, sondern daß die antimarxistischen Positionen, die in der „Theorie der drei Welten" zutage treten, im gesamten Werk Mao Tse-tungs enthalten sind. So findet das in der „Theorie der drei Welten" geforderte Bündnis des Proletariats mit der Bourgeoisie seine Entsprechung in der These Mao Tse-tungs, daß die Bourgeoisie friedlich in den Sozialismus hineinwachsen kann. Die Leugnung der führenden Rolle des Proletariats in der Revolution, wie sie die „Theorie der drei Welten" beinhaltet, ist eine Fortschreibung der These, daß die Dörfer die Städte einkreisen müssen, wie sie von Mao Tse-tung im Lauf der chinesischen Revolution aufgestellt wurde usw.

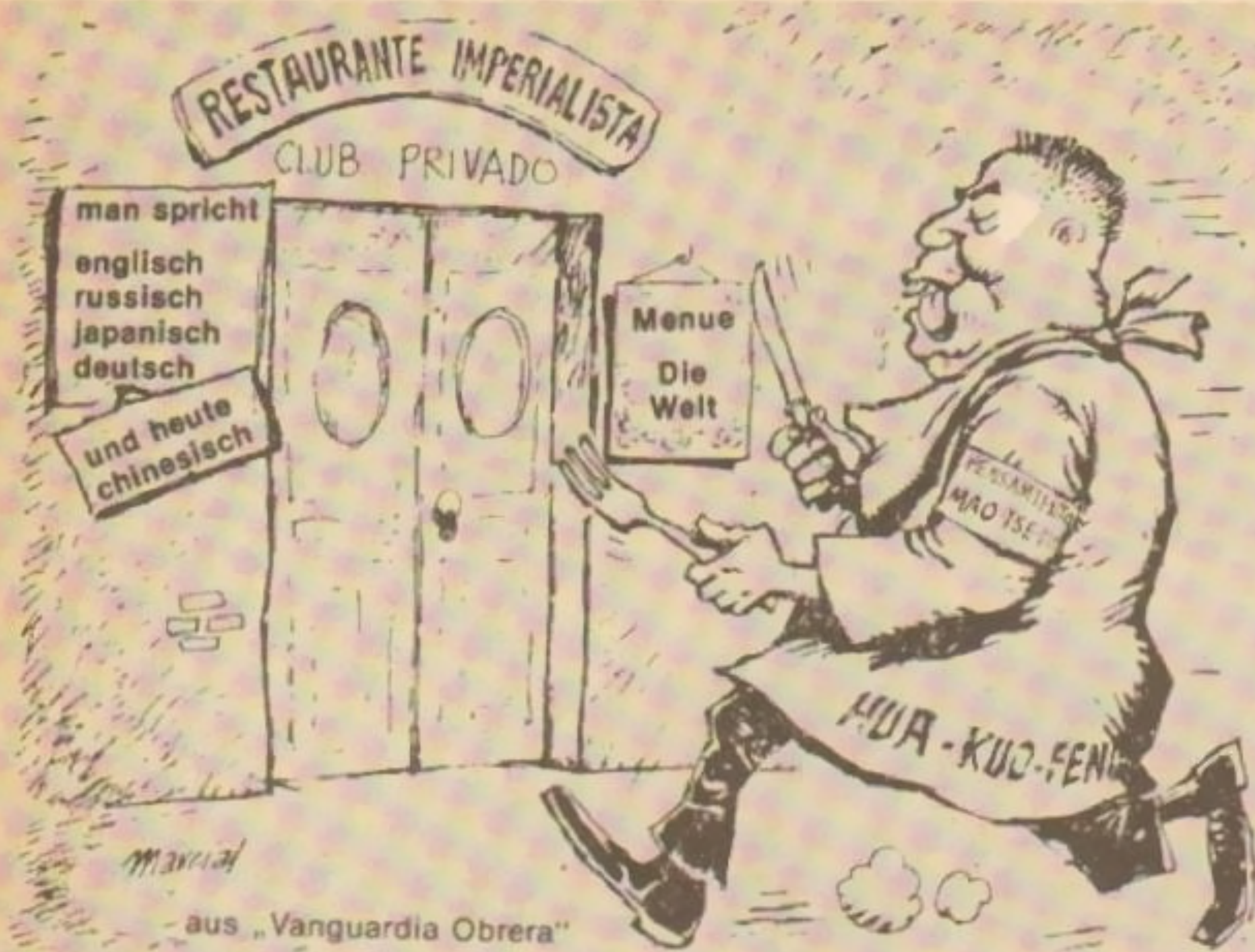
Die Tagung in Tirana und die Auffassungen, die die albanischen Genossen dort zum Charakter und zu den Grundlagen des chinesischen Revisionismus zum Ausdruck brachten, werden mit Sicherheit die Diskussion dieser Fragen in unserer Partei beeinflussen und vorantreiben.

Ein neues Buch des Genossen Enver Hoxha

Wie Genosse Ramiz Alia in seiner Schlußansprache auf der Tagung erklärte, stützten sich die albanischen Genossen bei der wissenschaftlichen Vorbereitung der Tagung vor allem auf Analysen, Thesen und Argumente, die in einem neuen Buch des Genossen Enver Hoxha mit dem Titel „Imperialismus und Revolution" enthalten sind. Zum Inhalt dieses neuen Buches des Genossen Enver Hoxha, dessen Veröffentlichung sicher nicht nur in Albanien ungeduldig erwartet werden dürfte, sagte Genosse Ramiz Alia:

„Gestützt auf die unvergänglichen Lehren Lenins über den Imperialismus als letztes Stadium des Kapitalismus nimmt Genosse Enver Hoxha in seinem Buch eine tiefgehende Analyse an den Entwicklungen des imperialistischen Weltsystems in der gegenwärtigen Phase und eine allseitige Kritik an allen Hauptströmungen des modernen Revisionismus, besonders an dessen chinesischer Variante, vor. Das Buch ist eine wissenschaftliche Synthese der revolutionären marxistisch-leninistischen Strategie unter den heutigen Bedingungen."

Es besteht kein Zweifel daran, daß diese wissenschaftliche Tagung in Tirana für die gesamte marxistisch-leninistische Weltbewegung von außerordentlicher Wichtigkeit war. Hier wurden die Lage in der heutigen Welt und die aktuellen Bedingungen der Revolution tiefgehend analysiert. Die hauptsächlichen revisionistischen Strömungen wurden untersucht, ihr vollständig antimarxistischer und antiproletarischer Charakter herausgearbeitet. Dem Revisionismus mit allen seinen Strömungen und Varianten wurde die revolutionäre marxistisch-leninistische Strategie und Taktik gegenübergestellt. Leider wurde bislang — abgesehen von einigen Auszügen im deutschsprachigen Programm von Radio Tirana — nur ein Dokument der Tagung in deutscher Sprache veröffentlicht. Es bleibt zu hoffen, daß die Veröffentlichung weiterer Referate folgt, damit die wichtigen Ergebnisse dieser Tagung die Kommunisten und revolutionären Arbeiter unseres Landes auch erreichen.



aus „Vanguardia Obrera"

Die Sache mit dem Atomkraftwerk

Wie wir der letzten Ausgabe der „Roten Fahne" — einer Kölner Wochenzeitung für angewandte Vaterlandsverteidigung — entnehmen, sind wir einer behördlichen Provokation aufgesessen und haben uns dadurch zu „Ausfällen" hinreißen lassen. Es geht um jenen Tag, an dem gleichzeitig etwa 3.000 AKW-Gegner und eine Delegation aus Peking vor dem Atomkraftwerk Esenshamm auftauchten. Die einen, um der gerechten Empörung gegen das Atomprogramm Ausdruck zu verleihen, und die anderen, um... Da geraten wir schon ins Stokken.

Ja, warum waren die Chinesen in Esenshamm? Wußten sie überhaupt, wo sie da waren? Diese Fragen drängen sich dem auf, der jetzt die folgende Enthüllung in der besagten „Roten Fahne" lesen konnte: „Am Tag der schon lange geplanten und angemeldeten Demonstration hatten sich die Behörden eine besondere Provokation ausgedacht. Kurzfristig führten sie am gleichen Tag den in der BRD weilenden chinesischen stellvertretenden Ministerpräsidenten Fang Yi ausgerechnet nach Esenshamm. Wie zu erwarten, veranlaßte diese Provokation einige chinafeindliche Kräfte zu Ausfällen."

Heimtückisch hat man da also die sprichwörtliche Gutmütigkeit der chinesischen Gäste ausgenutzt und die Ahnungslosen ausgerechnet nach Esenshamm geführt. Leider schreibt die „Rote Fahne" nur vielsagend-allgemein von „den Behörden" und verzichtet somit darauf, die gemeinen Provokateure beim Namen zu nennen und an den Pranger zu stellen. Um unsere „Ausfälle" gegen die unschuldigen chinesischen Gäste wieder gutzumachen, sind wir der Sache nachgegangen. Dabei war uns eins von vornherein klar: in Bonn würden wir die Provokateure vergeblich suchen. Denn dort ist man ja ein Herz und eine Seele mit den Herren in Peking. Es sei denn, einer der Moskauer Langzeitagenten hätte wieder einmal zugeschlagen.

Aber um es kurz zu machen: Bei unseren Nachforschungen stießen wir auf den Landrat B. aus dem Unterwesergebiet. Er gestand zwar nach beharrlichem Drängen ein, an der bewußten Provokation beteiligt gewesen zu sein, bestritt jedoch energisch, im Solde Moskaus zu stehen. Vielmehr sei es ihm nur um „unser Kernkraftwerk" gegangen. Unsere Frage: „Was haben Sie sich denn dabei gedacht, Herr B.?"

„Ja also, was uns hier ärgert, das sind diese Demonstranten, die ewig vor unserem Kraftwerk herumtrampeln. Da sollen ja auch welche von diesen Maoisten, na, Sie wissen schon, dabei sein. Und nun erfahren wir, daß sich zufällig diese Chinesen hier aufhalten. Da dachten wir gleich, jetzt drehen wir mal ein Ding, um den Demonstranten einen kräftigen Dämpfer zu verpassen."

„Und da haben Sie also die Chinesen hierher eingeladen ins Atomkraftwerk?"

„Aber nein, wo denken Sie hin. Von dem Kraftwerk haben wir natürlich nichts gesagt."

„Wie? Sie wollen sagen, die Chinesen wären unter der Vorspiegelung falscher Tatsachen hierher gelockt worden? Aber irgendetwas müssen Sie ihnen doch angekündigt haben."

„Natürlich." Ein hinterhältiges Lächeln umspielte die Züge des Landrats. „Wir haben sie einfach gefragt, ob sie sich nicht mal unsere hochmoderne Kläranlage an der Weser ansehen möchten."

Das ist also das ganze Ausmaß dieser schändlichen Provokation. So hat man unsere chinesischen Gäste böswillig getäuscht. Und wir haben tatsächlich geglaubt, daß Fang Yi und seine Leute hier frech und dreist ihre Geschäfte mit den Atomkapitalisten betreiben würden. Wie man sich doch irren kann!

Eine Dienstreise ins Land der Fjorde

Ein wichtiger Bestandteil der aufreibenden und überaus anstrengenden Tätigkeit unserer Volksvertreter ist das Reisen. Und es sind nicht nur etwa die Spitzen des Staates wie unser Bundespräsident, die mal blumenbekränzt beim Hula-Tanz, mal im feschen Safaridress im Ausland ihrem Amte nachgehen. Ganze Heerscharen ergießen sich alljährlich aus den bundesdeutschen Amtsstuben in die weite Welt.

Da ist etwa eine ausgiebige Dienstreise von 24 Vertretern des niedersächsischen Landkreistags durch die Weinanbaugebiete Tirols zu erwähnen. Sie sollen sich sehr befruchtend auf die Arbeit in den Weinbergen Ostfrieslands ausgewirkt haben. Bemerkenswert auch der hohe Einsatz von vier Mitgliedern des Stadtrats von Hannover, die es sich nicht nehmen ließen, eine 15.500-Mark-Spende für das afrikanische Land Malawi persönlich vorbeizubringen. Die Fahrtkosten für die Geldbriefträger betrugen übrigens 12.500 Mark. (Aber wie lieblos wäre es gewesen, hätte man die Spende einfach per Postanweisung auf den Weg geschickt!)

Wir wollen uns einmal etwas genauer in Düsseldorf umsehen. Auch hier wird so bienenfleißig gereist, daß es sicher ein Wunder wäre, träfe man einmal alle Herren aus den verschiedenen Ausschüssen des Rats zur gleichen Zeit in der Rhein-Stadt an. Da ging in den letzten Monaten der Verkehrsausschuß auf Reisen in die USA, der Sozialausschuß brach auf nach Holland und in die Schweiz, den U-Bahn-Ausschuß drängte es nach Paris, während der Kulturausschuß Stockholm vorzog usw. usf. Was aber genau machen denn die Herren so auf ihren Reisen? Eine Frage, der wir an einem bezeichnenden Beispiel nachgehen wollen.

Da gibt es in Düsseldorf den städtischen Verkehrsbetrieb Rheinbahn. Er kann nicht nur ständig steigende Fahrpreise, sondern auch ein stattliches Defizit aufweisen. Im vergangenen Jahr mußten immerhin 58 Millionen Mark aus den Steuergeldern der Düsseldorfer zugeschossen werden. Was tun? Wie bekommt man die Sache in den Griff? Natürlich — eine Dienstfahrt muß her. So fanden sich denn auch bald 16 Herren, die bereit waren, die Strapazen einer solchen Reise auf sich zu nehmen. An die Spitze trat der Herr Oberbürgermeister Bungert persönlich. Mit von der Partie waren unter anderem drei Vorstandsmitglieder der Rheinbahn und — damit auch hier die Mitbestimmung gewahrt bliebe — die Arbeitnehmervertreter Krause, Koch, Lück, Schoth und Stump. Auch der Düsseldorfer Gewerkschaftssekretär Reinhold Mosch zögerte nicht, sich der anstrengenden Expedition anzuschließen. Zwölf der beteiligten Herren brachten schließlich auch noch ihre Frauen mit.

Und wohin sollte die Reise gehen? Auch dieser Punkt wurde schnell geklärt — ins verkehrstechnisch hochinteressante Norwegen. Rheinbahn-Sprecher Budde: „Das war eine Fachfahrt, die der Sammlung von Fachinformationen diente. (...) Dazu lag eine Einladung der Osloer Verkehrsbetriebe vor." Buddes Kollege Holst Schade von den erwähnten Osloer Verkehrsbetrieben sah das zwar etwas anders: „Die Herren aus Düsseldorf haben sich selber eingeladen." Aber an solch einer kleinen Mißstimmigkeit wollen wir keinen Anstoß nehmen.



Die Düsseldorfer Volksvertreter bei ihrer anstrengenden Dienstreise

Am 22. August also starteten die Räte von SPD, CDU und FDP, die Herren Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter zu ihrer viertägigen Dienstfahrt. Schon der erste Tag brachte reichlich Streß. Da war das Auspacken der Koffer im Nobelhotel „Scandinavia" (Doppelzimmer 180 DM). Dann mußte ein Begrüßungscocktail genommen werden. Dann noch einer beim Osloer Bürgermeister. Nachmittags eine ausgedehnte Stadtrundfahrt und abends ein Galaessen im feudalen Künstlerlokal „Blom". Todmüde fielen die Damen und Herren der Delegation abends ins Bett.

Aber unbarmherzig ging es am nächsten Tag weiter. Schon um halb zehn am Vormittag begann der zweite Arbeitstag mit einer fast zweistündigen Betriebsbesichtigung bei den Verkehrsbetrieben. Wer kann es den Düsseldorfern verdenken, daß sie sich danach erst einmal ausgiebig auf der Dachterrasse des Grand Hotels entspannten? Dadurch mußte zwar ein ursprünglich geplanter längerer Besuch in der U-Bahn-Zentrale von Ryen erheblich zusammengestrichen werden; aber viel wichtiger war ja auch der Besuch im Kon-Tiki-Museum, wo sich die Delegation bei der Betrachtung des berühmten Floßes von Thor Heyerdahl wichtige Anregungen für die Passagierschiffahrt auf dem Rhein holten. Abends dann wieder ein anstrengendes Galaessen, diesmal im „Frascati".

Der dritte Tag sah unsere Reisegesellschaft bei einer Tour zu den Fjorden. Weil deren Beschaffenheit, besonders unter dem verkehrstechnischen Gesichtspunkt, eine verblüffende Ähnlichkeit mit dem Rhein bei Düsseldorf aufweist, konnten wieder wichtige Fachinformationen gesammelt werden. Dieser Tag muß die Delegation dermaßen erschöpft haben, daß am Abend sogar das große Essen ausfiel. Man blieb zwanglos unter sich und sprach den Genüssen des Landes je nach Aufnahmevermögen im kleinen Kreis zu . Der vierte Tag brachte dann neuen Streß bei einem ausgedehnten Einkaufsbummel. Total geschafft kehrte die Gesellschaft nach Düsseldorf zurück. Ob die Herren nach solchen Strapazen allerdings in der Lage waren, ihre Amtssessel schon anderntags wieder einzunehmen, ist uns nicht bekannt.

Immerhin weiß man jetzt, wie eine solche Dienstfahrt, wie sie allerorten von unseren Volksvertretern oder Arbeitnehmervertretern unternommen wird, im einzelnen aussieht. Und die Kosten? Für die Dienstreise nach Norwegen müssen die Düsseldorfer Steuerzahler läppische 50.000 Mark aufbringen. Und das ist doch wirklich nicht zuviel. Oder?

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Verlag
Roter Morgen
Postfach 300526

4600 Dortmund 30

ROTER MORGEN

Hiermit bestelle ich:

Abonnement ab Nr. .....

○ für 1 Jahr ○ für 1/2 Jahr ○ Probenummer

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Unterschrift: .... Datum: ....

(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Die Zahlung erfolgt:

○ jährlich **DM 30,00** ○ halbjährlich **DM 15,00** ○ vierteljährlich **DM 7,50**

Die jeweiligen Gebühren werden mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. um 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonne-

Parteibüros der KPD/ML und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML, REDAKTION „ROTER MORGEN", 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 433691 und 433692.

5100 **AACHEN**, Buchladen „Roter Morgen", Viktoriastr. 35, geöffnet: Di 16.30-18.30, Fr 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4800 **BIELEFELD**, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31, Tel.: 0521/177404, geöffnet: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9.00-12.00 Uhr.

4630 **BOCHUM**, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86, Tel.: 0234/511537, geöffnet: Mo, Di, Do, Fr 16.00-18.30, Mi 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/393888, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

6100 **DARMSTADT**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit", Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16.00-18.30, Mi 12.00-13.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4600 **DORTMUND** 30 (Hörde), Parteibüro der KPD/ML, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/433691 u. 433692, geöffnet: Mo-Fr 14.00-18.00, Sa 9.00-14.00 Uhr.

4100 **DUISBURG** 11 (Hamborn), Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Bücherstube", Alleestraße 49, Tel.: 0203/550623, geöffnet: Mo-fr 9.00-13.00 u. 15.00-18.30, Sa 9.00-14.00 Uhr

4300 **ESSEN** (Altendorf), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Politische Buchhandlung, Helenenstr. 35, Tel.: 0201/624299, geöffnet: Do 16.00-18.30 und Sa 10.00-13.00 Uhr.

2390 **FLENSBURG** (Duburg), Buchladen „Paul Hoffmann", Burgstr. 5, geöffnet: Mi 16.00-18.30, Sa 10.00-12.00 Uhr. Tel.: 0461/29601

6000 **FRANKFURT**, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78, Tel.: 0611/437595, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen", Schulterblatt 98, Tel.: 040/4300709, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

3000 **HANNOVER**, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511/

7100 **HEILBRONN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Ernst-Thälmann"-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di u. Fr 17.00-19.00 Uhr.

3500 **KASSEL**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Arbeiterbuchladen „Klartext", Mittelgasse 9, Tel.: 0561/16507, geöffnet: Di-Fr 15.30-18.00, Sa 10.00-12.00 Uhr.

2300 **KIEL** 1, Buchladen „Roter Morgen", Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/567702, geöffnet: Mo-Mi u. Fr 9.00-13.00 u. 15.00-18.00, Do 9.00-13.00 u. 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

5000 **KÖLN** 91, Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221/854124, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

6700 **LUDWIGSHAFEN** (Friesenheim), Parteibüro der KPD/ML, Ruthenstr. 1, Tel.: 0621/697109, geöffnet: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9.30-13.00 Uhr.

2400 **LÜBECK**, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451/76939, geöffnet: Di, Do, Fr 16.30-18.30 Uhr.

4400 **MÜNSTER**, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16, Tel.: 0251/65205, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11.00-14.00 Uhr.

2350 **NEUMÜNSTER**, Buchladen „Roter Morgen", Kieler Str. 21, Tel.: 04321/46424, Mo, Mi, Fr 15.30-18.00, Sa 9.00-13.00 Uhr.

8500 **NÜRNBERG**, Parteibüro der KPD/ML, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/438043, geöffnet: Mi-Fr 17.00-19.00, Sa 10.00-14.00 Uhr.

8000 **MÜNCHEN** 2, Buchhandlung „Roter Morgen", Frauenhoferstraße 13, geöffnet: Mo—Fr 13.30-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr. 089/2607554

7000 **STUTTGART** 1, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/432388, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 WESTBERLIN 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030/4653966, geöffnet: Mo-Fr